

spieglein, spieglein...

Das  
**BULLETTIN**

Zug  
alternativen  
des

Nummer 3 September 2002



**3 Editorial**  
Weichenstellung

**4 Ständerats-  
wahlen: Jo Lang**  
«Zug ist nicht  
Provinz»



**12 Kommunale Wahlen  
vom 6. Oktober**  
KandidatInnen Alternative  
(SGA und Parteilose)

**13 Kantonale Wahlen  
vom 27. Oktober**  
KandidatInnen Alternative  
(SGA und Parteilose)

**14 Regierungsrats-  
wahlen: Toni Kleimann**  
«Lehrerinnen und  
Lehrer machen  
nicht mehr nur die  
Faust im Sack»



**20 Teilrichtplan Verkehr**  
Mit Vollgas ins Chaos

**22 Wahlumfrage IG Velo**  
Die SGA ist *die* Velopartei

**23 Wahlen 2002 – Sponsoring-  
Event der Alternativen**  
RotGrün in Bewegung

**24 Serviceteil**  
Buch  
Kino  
Frontal  
Veranstaltungen  
Impressum  
27. September 2001

**8 Casinokapitalismus und  
Börsencrash**  
Das heimliche Lächeln  
der Haie

**9 Abstimmung**  
**Ladenöffnungszeiten**  
Ein Erfolg alternativer Politik

**10 Mobilfunk**  
Fragwürdige Bewilligungs-  
praxis für UMTS-Antennen

**17 Wohn- und Kulturraum für Zug**  
Bewegung durch Besetzung

**18 Integrationsnetz Zug**  
«It's the economy»



# Weichenstellung



*Während ich dieses Editorial schreibe, laufen die letzten zwei Wochen des kommunalen Wahlkampfes. Dieser ist, lese ich die Unterlagen der meisten Parteien, seltsam inhaltsleer, allgemein und spricht viele der Probleme, welche die Menschen in unserem Kanton beschäftigen, nicht oder kaum an. Bewusst wurde mir das an einem Samstag Mitte September. Eine bürgerliche Partei kutschiert Frauen und Männer (und vor allem deren Kinder) mit Ross und Wagen durch die Innen-*

*stadt, und gleichzeitig demonstrieren an die hundert Jugendliche friedlich für günstigen Wohnraum und für selbstverwaltete Kulturräume. Wahlkampf als leeres, unpolitisches Spass-Event, während Jugendliche um ihren Platz in diesem Zug kämpfen, das zunehmend Raum nur noch für gut bis sehr gut Verdienende bietet.*

*Diese Begebenheit sagt viel mehr aus über den aktuellen Wahlherbst als ein Grossteil der Unterlagen, welche die Parteien, oft garniert mit Äpfeln, Bir-*

*nen, Süssigkeiten, Klämmerli mit Parteilogo oder Kugelschreibern, verteilen.*

*Um so erfreulicher ist es, dass die Alternativen im Kanton und in der Stadt auf Inhalte setzen. Und auch die Ständeratswahlkampagne von Jo Lang gibt die Gelegenheit, inhaltliche Fragen ins Zentrum zu rücken. Denn ohne unsere Ständeratskandidatur würden Fragen, die brisant sind und viele Menschen interessieren, gar nicht diskutiert: Ich denke da an den Börsensturz als Ausdruck der Krise des Casino-Kapitalismus, an den Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und der Wohnungsnot, die immer mehr Zuger Normalverdienende plagt. Ich denke auch an den in der Schweiz weiterhin wachsenden Steuergraben, an die Folgen des Klimawandels oder an die Sicherung der Pensionskassen-Renten. Und nicht zuletzt an die internationale Verantwortung des hoch globalisierten Kanton Zug sowie seiner Unternehmen gegenüber der Völkergemeinschaft und gegenüber allen Menschen, denen es nicht gut geht.*

*Es geht am 6. Oktober und drei Wochen später am 27. Oktober tatsächlich um Weichenstellungen in den Gemeinden, in diesem Kanton, welche das Leben der Menschen direkt beeinflussen.*

*Zweimal ein paar Zettel auswählen, ausfüllen, ins Couvert stecken und ab die Post. Ist das viel verlangt?*

*Wers nicht tut, wird sich nachher vielleicht vier Jahre lang immer mal wieder ärgern. ■*

*Hanspeter Uster,  
Regierungsratskandidat*



Jo Lang: «Zug ist ein sehr interessantes Pflaster für das politische Engagement.»

**Josef «Jo» Lang ist seit zwanzig Jahren Parlamentarier. Nun kandidiert der langjährige Gemeinderat und heutige SGA-Kantonsrat fürs «Stöckli» – als einziger linker Kandidat. Umso prononcierter vertritt der Kenner der nationalen und internationalen Politik die rotgrünen Anliegen.**

**Interview Gisela Hürlimann und Martin Stuber  
Bilder BULLETIN**

**BULLETIN:** Obwohl du in Zürich Geschichte studiert hast und dort arbeitest, schweizweit an politischen Debatten teilnimmst und Artikel schreibst, bist du in Zug geblieben. Wieso?

**Jo Lang:** Zug ist ein sehr interessantes Pflaster für das politische Engagement, weil Zug hoch globalisiert und hoch modern ist. Hier stellen sich viele Fragen, die nicht einfach provinziellen Charakter haben. Ich bin seit zwanzig Jahren Parlamentarier und arbeite auch seit zwanzig Jahre an derselben Stelle: Ich gebe allge-

mein bildenden Unterricht an der Bau-gewerblichen Berufsschule in Zürich. In Zürich ganz einfach deshalb, weil ich im Kanton Zug keine Stelle bekam. Bis in die Neunzigerjahre herrschte für mich, wie für andere Linke auch, im Kanton Zug ein faktisches Berufsverbot.

**«Die Schweiz soll sich aussenpolitisch auf den zivilen Rahmen beschränken, wie er von der UNO verkörpert wird.»**

**BULLETIN:** Welche aussenpolitischen Forderungen würdest denn du als Zuger Ständerat konkret in Bern aufstellen?

**Jo Lang:** Ich würde mich einsetzen für die Einführung der Tobin-Steuer in der Schweiz, also für eine Steuer, welche die internationalen Devisentransaktionen steuerpflichtig macht. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Einerseits soll Währungsspekulationen mit ihren destabilisierenden Wirkungen ein Riegel geschoben werden. Denn diese Steuer wäre bei kurzfristigen Transaktionen sehr hoch, bei langfristigen hingegen tief. Andererseits würde die Tobin-Steuer Einnahmen generieren, welche die

## «Zug ist nicht Provinz»

UNO einsetzen könnte zur Bekämpfung von Armut und Umweltzerstörung. Weiter würde ich mich dafür einsetzen, dass die Schweiz entweder aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF) austritt oder sich im Rahmen des IWF sowie der Welthandelsorganisation (WTO) für eine Demokratisierung dieser Institutionen einsetzt. Und schliesslich würde ich mich dafür engagieren, dass sich die Schweiz völlig von der NATO entkoppelt, weil die NATO ein Militärbündnis ist, das letztlich die Aufgabe hat, den internationalen Rohstoffmultis und den Banken die Kapitalverwertung und die Kontrolle über die Rohstoffquellen und -wege zu sichern. Die Schweiz soll sich aussenpolitisch auf den zivilen Rahmen beschränken, wie er von der UNO verkörpert wird.

**«Bei der Kapitalbesteuerung ist Zug auf einem Viertel des Schweizer Durchschnitts. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die korrigiert werden muss.»**

**BULLETIN:** Von der internationalen zur innereidgenössischen Solidarität, wie sie von manchen PolitikerInnen von Zürich

bis Bern zum Teil recht scharf von Zug gefordert wird. Darauf reagieren viele Zuger Politikerinnen und Politiker empfindlich. Du gehörst nicht dazu.

**Jo Lang:** Mit dem neuesten Steuergesetz wurde der Abstand zwischen Zug und den anderen Kantonen noch viel grösser: Im Kanton Zug bezahlt man halb soviel Steuern wie im Schweizer Durchschnitt oder dreimal weniger als im Kanton Jura. Bei der Kapitalbesteuerung ist Zug sogar auf einem Viertel des Schweizer Durchschnitts. Das ist eine schreiende Ungechtigkeit, die korrigiert werden muss.

Dazu gibt es zwei Möglichkeiten und ich spiele die beiden nicht gegen einander aus: Die eine Möglichkeit ist die realpolitisch näher liegende, nämlich der Neue Finanzausgleich, NFA. Der NFA sieht vor, dass der Kanton Zug zu den 110 Millionen, die er bereits heute in den interkantonalen Finanzausgleich bezahlt, noch weitere 110 Millionen zum Ausgleich leistet. Das finde ich in Ordnung, der Kanton Zug soll das bezahlen. Wir Alternativen sind die einzigen, die das so klar sagen. Die NZZ schätzt, dass der neue Finanzausgleich die Kantone mit den extremsten Abweichungen vom Steuerdurchschnitt um je 10 Indexpunkte nach unten beziehungsweise nach oben verschieben würde. Für Zug heisst es, dass wir von 50 wieder auf 60 Prozent der Schweizer Durchschnittssteuerbelastung kämen. Damit sind wir natürlich immer noch weit von einem akzeptablen Ausgleich entfernt. Und deshalb bleibt auch die materielle Steuerharmonisierung ein Thema, und zwar in einem Bandbreitenmodell, welches gesamtschweizerische Steuerunterschiede zwischen minimal 80 und maximal 120 Indexpunkten zulässt.

**BULLETIN:** Bleiben wir beim Stichwort Solidarität. Das war auch in der Abstimmung über die SVP-AHV-Initiative und die Solidaritätsstiftung aktuell. Welches ist deine Haltung in der Frage der Sicherung der Sozialwerke?

**Jo Lang:** Die AHV ist im Unterschied zur so genannten zweiten Säule, die viel zu stark von den Schwankungen der Börse abhängig ist, klar die tragende und stabile Säule. Eines meiner ersten politischen Engagements, da war ich 18 Jahre alt und konnte selber noch nicht stimmen, betraf 1972 die Schaffung einer Volkspension. Diese hätte einen Vollausbau der AHV ermöglicht, durch welchen sowohl das Existenzminimum als auch der bis zur AHV geführte Lebensstandard ermöglicht worden wäre.

Leider wurde diese Initiative abgelehnt. Man erklärte stattdessen die zweite Säule für obligatorisch. Und heute hat man das Problem, das die zweite Säule einerseits die Mieten extrem verteuert hat, weil die Gelder aus der zweiten Säule stark in den Immobilienmarkt investiert wurden. Gleichzeitig hat die Anlagepolitik mit den Geldern aus der zweiten Säule die ganze Shareholder-Ideologie mitverschuldet, indem nämlich die institutionellen Anleger, also die Pensionskassen, dafür kämpften, dass der Anteil der Aktien an der Wertschöpfung steigt. Das heisst, die Arbeiterschaft, welche die Pensionskassen finanziert haben, trugen gleichzeitig dazu bei, dass via den Shareholder-Value Arbeitsplätze abgebaut und die Mieten verteuert wurden.

Und jetzt haben wir das neueste Problem, dass durch den Zerfall vieler Anlagewerte die zweite Säule mehr und mehr zu einer sozialen Unsicherheit geworden ist. Das zeigt klar, dass wir 1972 recht hatten: Wir hätten keine zweite Säule schaffen, sondern die erste Säule voll ausbauen sollen. Ob man diesen Fehlentscheid von damals heute noch rückgängig machen kann, das weiss ich nicht. Sicher muss man voll auf den Ausbau der AHV setzen.

**«Die beste Lösung wäre eine Art SUVA in der Krankenversicherung.»**

**BULLETIN:** Sprechen wir vom anderen grossen Sozialversicherungswerk, der Krankenversicherung.

### Jo Lang, Zug

Josef Lang, 1954, Dr. phil. 1, Historiker, Berufsschullehrer und Ständeratskandidat «Alternative und SP».

Jo Lang sass von 1982 bis 1994 für die SGA im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Seit 1994 ist er Kantonsrat der Alternativen Fraktion. 1998 wurde er in die Staatswirtschaftskommission gewählt. Seine Hauptthemen der 1980-er Jahre waren national die Armeeabschaffung und lokal die Kritik am Finanz- und Handelsplatz Zug im Zusammenhang mit der Ausbeutung der 3. Welt. Seine jüngsten Schwerpunkte waren im letzten Jahr der Kampf gegen eine Annäherung der Schweiz an die Nato sowie die beiden GSoA-Initiativen für eine Schweiz ohne Armee und für einen zivilen Friedensdienst.

**Jo Lang:** Das Grundproblem ist, dass Krankheit in der Schweiz ein Geschäft ist. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das die unsozialen Kopfprämien statt einkommensabhängige Prämien kennt. Die beste Lösung wäre eine Art SUVA in der Krankenversicherung, also eine nationale, öffentliche Einheitskasse, der alle angehören. Dann würden alle die Gelder, die wegen übertriebenem administrativem Aufwand und wegen Werbung vergeudet werden, eingespart. Allerdings wäre die Macht einer solchen «SUKA» durch eine unabhängige Kontrollinstanz zu überwachen.

**BULLETIN:** Bei der Debatte um die Sicherung der Sozialwerke wird ja auch stark mit demographischen Szenarien gespielt. Da nicht zu erwarten ist, dass die Schweizerinnen und Schweizer mehr Kinder auf die Welt stellen, welche mit ihren Beitragszahlungen die AHV sichern könnten, wird von technizistisch-pragmatischer Seite der Ruf nach mehr

## Ständeratswahlen: Jo Lang

Immigration laut. Damit sind wir beim Stichwort Migrationspolitik.

**Jo Lang:** Tatsächlich ist die Schweiz nur dank der Immigration ein Land, in welchem der Altersquotient im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern eher tief ist. Und wenn der Kanton Zug den tiefsten Altersquotienten hat in der ganzen Schweiz, dann hat das damit zu tun, dass der Kanton Zug einer der Kantone mit der höchsten Einwanderungsrate ist – sowohl Immigration wie Binnenmigration, also die Zuwanderung von Leuten aus anderen Kantonen.

**BULLETIN:** Zug hat in der Deutschschweiz momentan die höchste Arbeitslosenrate. Es wurden in den letzten Wochen und Monaten viele Stellenabbaupläne bekannt gegeben. Ist die Zuger Industrie in der Krise und weshalb?

**Jo Lang:** Die Zuger Wirtschaft ist stark globalisiert und deshalb stark betroffen von den internationalen Schwankungen. Zweitens leidet Zug nicht nur als Wohn- und Kulturplatz, sondern auch als Werkplatz unter den sehr hohen Bodenpreisen. Diese sind ja die Kehrseite der tiefen Steuersätze. Ein Industrieunternehmen hat heute zwei Kostenprobleme, die beide mit der Zuger Steuerpolitik zu tun haben, abgesehen davon, dass es auch Steuern spart: Erstens braucht ein produktives Unternehmen mehr Platz als eine Holding oder eine Rohstofffirma. Und mehr Platz heisst höhere Kosten. Gleichzeitig führen die hohen Mietkosten in Zug auch zu höheren Lohnkosten. Diese zwei Faktoren kosten produktive Firmen zum Teil mehr, als mit den tieferen Steuern eingespart wird.

**BULLETIN:** Welches ist deine persönliche und politische Motivation für die Ständeratskandidatur?

**Jo Lang:** Persönliche Ambitionen habe ich keine, weil ich mir keine Illusionen mache über den Ausgang dieser Wahl. Was die Motivation betrifft: Ich setze mich gerne mit politischen Inhalten auseinander

und in einem Ständeratswahlkampf geht es vornehmlich um politische Inhalte.

Aber der Hauptgrund für meine Kandidatur ist folgender: Wenn die SVP die einzige Herausfordererin der CVP- und FDP-Kandidaturen wäre, dann würde der Ständeratswahlkampf stark nach rechts rutschen. Konkret würden Peter Bieri und Rolf Schweiger stark unter Druck geraten, zeigen zu müssen, wie wirtschaftsfreundlich, wie sozialabbauerisch, wie stark sie gegen die so genannten «Scheinasylanten» sind.

Die Gefahr hätte dann bestanden, dass ein rechtsgerichteter Ständeratswahlkampf die ganzen kantonalen Wahlen nach rechts drücken würde, ganz abgesehen davon, dass die SVP ein zusätzliches Mobilisierungsmoment gewinnen würde, auf welches die Linke ohne meine Kandidatur verzichten würde. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Im Kanton Zug gibt es überdurchschnittlich viele Neuzuzügerinnen und –zuzüger, die einige Jahre brauchen, bis sie sich für kantonale und kommunale Themen interessieren. Und die kann man nur auf nationalen und internationalen Themen abholen. Genau das erlaubt meine Kandidatur.

**«Ich setze mich gerne mit politischen Inhalten auseinander und in einem Ständeratswahlkampf geht es vornehmlich um politische Inhalte.»**

**BULLETIN:** Die Ausgangslage präsentiert sich ja eigentlich ähnlich wie vor vier Jahren, weil auf bürgerlicher Seite dieselben Personen kandidieren. Was hältst du von deinen drei Kontrahenten?

**Jo Lang:** Die Situation der beiden bisherigen ist insofern etwas paradox, als im Kanton Zug die CVP klar rechts von der FDP steht, jedoch Peter Bieri mindestens in ökologischen Fragen weniger rechts ist als Rolf Schweiger, der ein Wirtschaftsliberaler ist. Das heisst, die beiden Ständeräte und die beiden Parteien kreuzen sich. Was übrigens auch zeigt, dass der

Ständeratswahlkampf weniger ein Parteien- als vielmehr ein Personenwahlkampf ist. Hans Durrer ist noch der gleiche wie vor vier Jahren. Die wichtigste Änderung im Vergleich zu 1998 ist, dass die Glanzzeiten des Neoliberalismus vorbei sind. Heute sind die Nachteile dieser Allmacht des Marktes deutlicher sichtbar und die ökologischen Fragen haben seit den letzten Wahlen wieder eine grössere Aktualität gewonnen. Die beiden bisherigen Ständeräte haben sich in den letzten Monaten vor allem auf zwei Themen hervor getan und auf beiden Themen sind sie im Kanton Zug bei weitem nicht mehrheitsfähig. Rolf Schweiger machte sich stark für einen Mieterschutz, der nicht mehr primär die Mieterinnen und Mieter, sondern die Investoren schützt. Und Peter Bieri engagierte sich gegen die Fristenregelung, die ja im Kanton Zug sehr deutlich angenommen wurde, und damit auch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

**BULLETIN:** Kurz vor Erscheinen dieses Bulletins jährte sich das schreckliche Attentat auf den Zuger Kantons- und Regierungsrat vom 27. September 2001. Von aussen könnte man den Eindruck haben, das sei weitgehend überwunden. Wenn man die Betroffenen kennt oder selber involviert ist, weiss man, dass das Thema noch omnipräsent ist. Wie erlebst du das?

**Jo Lang:** Eine solche Tragödie braucht Jahre, bis sie verarbeitet ist. Und zwar sowohl für die direkt betroffenen Individuen als auch für das betroffene Gemeinwesen. Jenen, die meinten, die Leute hätten das schon vergessen, habe ich immer gesagt, die Leute haben das nicht vergessen, es ist lediglich auf eine tiefere Bewusstseins-ebene gesunken. Und rund um den Jahrestag kommt das wieder auf die oberste Ebene. Im Kantonsrat gab es seither keine Sitzung, in welcher das Attentat nicht irgendwie ein Thema war. Das ist ja auch sichtbar, wenn jemand ans Rednerpult humpelt und alle wissen, warum er invalide ist.



Diplom-Rede

## Zweimal 30 Jahre

Am 27. Juni 2002 hielt Josef Lang die Diplomrede an der Zuger Diplommittelschule, die gleichzeitig ihren 30. Geburtstag feierte. Wir drucken sie auszugsweise ab.

Von Josef Lang

Ich mag mich noch sehr gut erinnern an die Gründung der Weiterbildungsschule im Jahre 1972. Ich wirkte damals nebenamtlich als Kantischüler und hauptamtlich als Weltverbesserer - innerhalb und ausserhalb der charmanten Athene. Die WS, diese neue Schule, an der es keine Noten, dafür eine ausgebauter Mitbestimmung gab, an der die Lernziele von Schülerinnen und Lehrpersonen gemeinsam erarbeitet und jene Probleme diskutiert wurden, die ich an meiner Schule thematisieren wollte, die WS, wo das Denken in grösseren Zusammenhängen gefördert und das Teamwork

praktiziert wurde, diese Schule, die so anders war als die anderen Schulen, hatte auf uns junge und wilde Linken eine erhebliche Ausstrahlung. Mit der WS teilten wir damals den seltenen Glücksfall, gleich bewegt, gleich offen, gleich idealistisch, gleich utopisch und ähnlich spätpubertär wie die Zeit selber zu sein. Die WS war beflügelt von der Vision, als schulisches Alternativ-Modell europäisch ausstrahlen zu können. Und wir hofften, vom wirtschaftlich bereits damals stark globalisierten Zug aus, die Welt radikal mitverändern zu können.

Die beiden Probleme, die uns, WS-Schülerinnen, Kanti-Schüler und Lehrlinge am stärksten bewegten, waren die autoritären Strukturen und Mentalitäten bei uns und das fürchterliche Elend in der Dritten Welt. Was das erste damalige Problem, den Autoritarismus, betrifft, hat sich vieles zum Besseren gewendet. Auch deshalb ist die DMS keine Exotin mehr in der zugerischen Schulandschaft. Und die politischen Aussen-seiter der 70er-Jahre stellen heute den Landammann und werden sogar als Redner an Diplomfeiern eingeladen. Was das zweite damalige Problem, das der Dritten Welt betrifft, ist nach den hoffnungsvollen 70er-Jahren alles noch schlimmer geworden. Von den globalen

Geld- und Machthabern, die das Geld lieber für die Aufrüstung statt gegen die Armut ausgeben, ist weniger denn je etwas Gutes zu erwarten. Es freut mich sehr, dass seit 1999 an dieser Schule der Besuch des Wahlfachs Dritte Welt wieder stark zugenommen hat. Ihr gewachsenes Interesse für die Ärmsten der Welt ist Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung unter jungen Menschen.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich nicht nur das Umfeld, in der die Schul- und die Weltverbesserer wirken, verändert. Wir selber haben uns verändert. Wir haben gelernt, den grossen Schritt in kleinere Schritte aufzuteilen. Dieser für die alltägliche Arbeit notwendige Realismus hat aber seine Tücken. Er beinhaltet die Gefahr, dass wir vor lauter kleinen Schritten den grossen Schritt, die Vision einer anderen Schule, beziehungsweise einer anderen Schweiz in einer besseren Welt, aus den Augen verlieren.

Das 30. Jahr ist ein geeignetes Jahr, sich selbstkritisch zu fragen: Sind wir in der Schule, in der Politik oder auch im persönlichen Leben den Utopien und Visionen, für die wir mal gestartet sind, einigermaßen treu geblieben? Oder sind wir zu normal, zu routiniert, zu pragmatisch geworden? ■

**BULLETIN:** Hat sich das Klima im Kantonsrat seither verändert?

**Jo Lang:** Es kam schon zu kleinen Veränderungen, wobei im Zuger Kantonsrat in den letzten Jahren stets hart gefightet wurde und man gleichzeitig einen guten menschlichen Umgang hatte miteinander. Das war eine gute Ausgangslage für die Verarbeitung dieser Tragödie. Ich persönlich bin zum Beispiel im Wahlkampf bei manchen Dingen sicher vorsichtiger, als wenn es das Attentat nicht gegeben hätte. So werden die Ständeräte, die jetzt gewählt werden, nächstes oder übernächstes

Jahr das neue Waffengesetz revidieren.

Ein Wahlkampf hat die Aufgabe, die Kandidaten auf der Frage herauszufordern, für welche Position sie dann sein werden. Ich habe es auch vor, die drei bürgerlichen Kandidaten auf dieser Frage herauszufordern, aber ich entschied mich nach vielen Gesprächen, gerade auch mit den Kandidaten, dass ich das erst nach dem Jahrestag mache. Ich werde dann fordern, was ich schon immer gefordert habe – und zwar auch schon vor dem Attentat –, dass nämlich das Waffen-

gesetz verschärft werden muss. Auch Mitglieder von Schützenvereinen und Jäger sollen nur mit Waffenschein Waffen kaufen und verkaufen dürfen. Das sage ich auch jetzt im Wahlkampf.

**BULLETIN:** Das heisst, die Bulletin-Leserinnen und -Leser werden auf der Homepage der SGA nach dem 27. September dazu noch mehr erfahren. Wir danken dir für dieses Gespräch. ■

*Das Interview ist in seiner vollen Länge im Internet abrufbar: [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)*

# Das heimliche Lächeln der Haie

**In der Schweiz gibt es nicht nur den berühmten Börsenspekulanten Martin Ebner, sondern viele Gleichgesinnte. Derjenige mit der Fliege ist lediglich der Hai mit dem gewinnendsten Lächeln.**

**Von Felix Bühler, Mitglied der Geschäftsleitung der Alternativen Bank Schweiz  
Bild Keystone**

Das Verhalten der Börsen- und Finanzhaie in der Schweiz lässt sich verkürzt wie folgt beschreiben:

1. Umgib dich mit klingenden Namen und lass dir von grossen Geldgebern (z.B. Versicherungen, Fondsgesellschaften, Pensionskassen) oder als Ersatz auch von unzähligen Kleinanlegerinnen und -anleger massig Geld anvertrauen.
2. Kanalisier diese Mittel an der Börse auf die Titel weniger Grossfirmen und Konzerne und stelle als mächtiger Aktionär Forderungen.
3. Verlange von diesen Firmen: a. Konzentration auf die profitabelsten Geschäftsbereiche; b. Fusionen und Übernahmen; c. Kostensenkungen durch Personalentlassungen; d. Rückkauf eigener Aktien.
4. Verkünde mit missionarischem Eifer das Ziel deiner Forderungen, die Eigenkapitalrendite um jeden Preis auf 15 bis 25 Prozent zu erhöhen.
5. Nutze die mediale Wirkung deines Verhaltens, spiele dich als Kämpfer für die Aktionärsinteressen auf und starte erneut mit Schritt 1 zur nächsten Runde.

## Die Bauernopfer

Dummerweise tauchten in diesem Ohne-Arbeit-Geldvermehr-Spiel Probleme auf. Die Forderungen der Haie verleite-

ten die Firmen, ihre Substanz sträflich zu verwässern. Kurzfristige Renditen von 15 Prozent und mehr lassen sich nur unter Verzicht auf nachhaltige Unternehmensführung und oft unter Verlust der besten Mitarbeitenden realisieren, die als Bauernopfer herhalten mussten. Hinzu kam eine Vertrauenskrise, als publik wurde, wie verschiedene Manager-Haie sich über die Verwaltungsräte gegenseitig enorme Saläre, Gewinnmöglichkeiten aus Optionen und exorbitante Abgangsschädigungen zuströmen liessen. Um die geforderten Renditeziele zu erreichen, wurden zudem in vielen Firmen gewaltige Summen für unproduktive Projekte in e-Business und Telekommunikation oder für überzahlte Firmenübernahmen in den Sand gesetzt.

Die zusätzliche Verunsicherung durch betrügerische Beschönigungen in revidierten Rechnungsabschlüssen konnte kaum mehr überraschen. Seien wir uns aber auch im Klaren darüber, dass das Spiel noch nicht zu Ende und Ebner noch nicht pleite ist. Verschiedene Gläubigerbanken haben mit ihm ein Stillhalteabkommen getroffen und die Zürcher Kantonalbank hat Ebners vier spekulativ ausgerichtete Beteiligungsgesellschaften, seine «Visionen», übernommen.



**Felix Bühler und das ABS-Team verstehen ihre Tätigkeit auch als «Alternative zur herrschenden ökonomischen Logik».**

## Privatgewinne für die Haie

Die Haie lächeln oder grinsen heute heimlich-hämisch, denn das aus dem Geldvermehr-Spiel abgesogene Privatvermögen ist im Trocken. In Ebners Beteiligungsgesellschaften war das Risiko nicht breit, sondern eng gestreut. Er hat damit Zehntausende kleiner Anlegerinnen und Anleger baden geschickt. Diese haben heute einen stattlichen Teil ihres «Aktienparens» verloren. Was dürfen wir als nächstes von Ebner und Konsorten

## Alternative Bank Schweiz (ABS)

Die 1990 gegründete ABS stellt bei ihrer Kreditvergabe Unternehmen mit folgenden Charakteristiken in den Vordergrund: solidarische Problemlösungen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebenswelt, Kreativität, Innovation. Sie fördert mit günstigen Konditionen Projekte in den Bereichen alternative Energien, biologische Landwirtschaft, Frauenprojekte, alternative und soziale Wohnformen, Bildung und Kultur, Entwicklungszusammenarbeit, ökologische und soziale Unternehmungen, soziale Projekte.

Alle Kreditgesuche werden nach den ethischen Richtlinien der Bank und nach den anerkannten banküblichen Grundsätzen geprüft. Die ABS steht allen Privaten und Institutionen offen, welche die Grundsätze ihrer Geschäftspolitik akzeptieren. Sie bietet Lohn-Sparkonten mit ec/Maestro-Karte, Sparkonten, Anlagekonten, ABS-3-Vorsorgekonten, Förder-Kassenobligationen, Anlagefonds und weitere Anlageformen an.  
**Die ABS in Zahlen per 30.6.2002:** Bilanzsumme 522 Mio. Franken, Aktienkapital 31 Mio. Franken, 21 000 Kundinnen und Kunden, 58 Mitarbeitende; Filialen in Olten, Lausanne, Zürich, Genf.

erwarten? Grosszügige Entschädigungen für die Kleinanlegerinnen und -anleger aus den üppig gefüllten Privatschatullen? Neue Wanderpredigten von reumütigen Börsenhaien mit der Aussage, dass es das schnelle Geld doch nicht gibt, dass nur wer hart und kontinuierlich arbeitet, seriös Vermögen bildet? Vielleicht auch nur einige neue Tollheiten als Rückzugsgefechte? Wir werden sehen. ■



# Ein Erfolg alternativer Politik

**Mit 54.5 Prozent Nein-Stimmen wurde am 22. September das Gesetz über die neuen Ladenöffnungszeiten im Kanton Zug deutlich abgelehnt! Das klare Volks-Nein zu einem Beschluss des Kantonsrates ist umso beachtlicher, als im Parlament die Alternative Fraktion als einzige den Interessen der Grossverteiler eine Absage erteilt hat**

**Von Marianne Zehnder, SGA Gemeinderätin und Stadtratskandidatin  
Bilder Brigitte Weiss**

Das nun nach wie vor geltende Ladenöffnungszeitengesetz, mit Öffnungszeiten von 6 bis 19 Uhr und einem wöchentlichen Abendverkauf bis 21 Uhr, stammt aus dem Jahr 1974. Bereits im November 1997 lehnten die Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit grossem Mehr erweiterte Ladenöffnungszeiten ab. Dem voraus gegangen war eine FdP-Motion

und ein Referendum der Linken. Nur zweieinhalb Jahre nach der Abstimmung reichte Werner Villiger von der SVP erneut eine Motion ein – notabene nur 5 Monate, nachdem der Kantonsrat der Öffnung der Geschäfte an 2 Ruhetagen im Dezember zugestimmt hatte. Villiger verlangte die totale Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten – im Kantonsrat wurde er zurück gebunden. Aber auch die neue Version war noch immer viel weitergehend als die Vorlage von 1997. Einmal mehr outete sich die «Partei der Kleinen und des Gewerbes» als Interessenvertreter der Grossverteiler. Noch am Samstag vor der Abstimmung meinte Villiger am SVP-Wahlstand: «Meiner Meinung nach soll der Ladenbesitzer entscheiden, wann das Geschäft offen sein soll.»

Dass er nicht nur am Willen der Stim-menden, sondern auch am Interesse der Detaillisten vorbei politisiert, dürfte er spätestens am Abstimmungssonntag erfahren haben. Der Abstimmungskampf und dessen Ausgang zeigen, dass die Al-

ternativen die treueren Vertreter des Gewerbes sind als die Bürgerlichen.

### **Solidarität mit Verkaufspersonal und kleinen Ladenbesitzern**

Sowohl beim Unterschriften sammeln für das Referendum und erst recht an den Aktionstagen im Vorfeld der Abstimmung – auf dem Markt und vor den verschiedenen Läden – erhielten wir ausserordentlich viel Zuspruch von Konsumentinnen und Konsumenten. Im Vordergrund stand dabei für die meisten ihre Solidarität mit dem Verkaufspersonal, welches sowie schon unter schwierigen Arbeitsbedingungen arbeite. Unsere «Einkaufswägel-Jetons» mit Logo und Abstimmungsparole ist dabei auf viel Sympathie gestossen. Aber auch vom Verkaufspersonal der Grossverteiler erhielten wir viel positives Echo und nicht zuletzt hatten ja auch die Mitglieder von Pro Zug im Vorfeld der Abstimmung das Gesetz mit 17:5 abgelehnt.

Das Resultat der Volksabstimmung ist gleichzeitig ein Votum für bessere Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals, die nur über einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) und, solange dieser fehlt, über einen kantonalen Normalarbeitsvertrag (NAV) zu erreichen sind.

*Abstimmungsergebnis Ruhetags- und Ladenöffnungszeitengesetz:*

*Kanton Zug: 54,5% Nein-Stimmenanteil (19217 Nein-Stimmen zu 16066 Ja-Stimmen), Stimmbeteiligung: 53,95%.*



**Die Alternativen haben mit einer aktiven Abstimmungskampagne Zug vom Nein zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten überzeugt.**

# Fragwürdige Bewilligungspraxis für UMTS-Antennen

**Seit Januar 2001 wird gegen die geplante UMTS-Antenne auf der Brauerei Baar gekämpft. Der Vorwurf der Gegner lautet: Weder rechnerisch noch per Messung lässt sich bei der UMTS-Strahlung zeigen, ob die gesetzlichen Limiten wirklich eingehalten werden.**

**Von André Masson, Physiklehrer an der Kantonsschule Zug (über UMTS in Baar) und Martin Stuber (über UMTS in Zug) Bild BULLETIN**

Seit Januar 2001 bekämpfen wir die geplante Mobilfunkantenne auf der Brauerei Baar – die erste im Kanton Zug ausgedescribte UMTS-Antenne. Wir haben nicht deren Gefährlichkeit bemängelt, sondern die Unvereinbarkeit der UMTS-Strahlung mit der Verordnung über die nichtionisierende Strahlung (NISV). In der kürzesten Form lautet der Vorwurf, welcher nie entkräftet wurde: Weder rechnerisch noch per Messung lässt sich bei der UMTS-Strahlung zeigen, ob die gesetzlichen Limiten wirklich eingehalten werden.

## **Wie viel Strahlung in den einzelnen Wohn- oder Arbeitsräumen?**

Rechnerisch wird im Baubewilligungsverfahren ermittelt, wie viel Strahlung in den einzelnen Wohn- oder Arbeitsräu-

men zu erwarten ist. Orange will die Limiten zu 95 Prozent ausschöpfen. Nun schwankt die Strahlung im Inneren der Räume infolge Reflexionen sehr stark.

Gemäss Swisscom-Messungen sind die Spitzenwerte im Zimmer ohne weiteres doppelt so gross wie der Mittelwert. Die gerechneten 95 Prozent entsprechen dem Mittelwert. Verdoppeln wir das, weil der Spitzenwert juristisch massgebend ist, so kommt man auf höhere Werte als erlaubt, nämlich auf 190 Prozent. Etwas davon wird noch abgezogen durch die Absorption von Mauern oder Fenstern. Wenn Fenster gegen den Sender stehen, soll aber bei offenen Fenstern gemessen werden: Sie verschlucken nichts mehr.

## **Messtechnische Kontrolle**

Messtechnisch kann erst kontrolliert werden, wenn der Sender steht und läuft. Bei hohen gerechneten Werten wird eine Messung verlangt, und deren Resultat hat die Priorität vor der Rechnung. Gemäss NISV muss man den Messwert umrechnen auf einen hypothetischen Zustand, wo maximal viele Gespräche laufen, alle mit voller Leistung. Das wird zwar in der Praxis wohl kaum je eintreten, vielleicht an Silvester einmal. Aber in der NISV wird es klar verlangt. Diese Umrechnung gelingt bei der bisherigen GSM-Strahlung, aber nicht bei UMTS. Die neue Technik hat keinen Kontrollkanal mehr, der stets mit voller Leistung sendet.

## **Bewilligungsverfahren**

Der Regierungsrat bewilligte den Bau der Antenne, aber noch nicht deren Inbetriebnahme. Sie darf erst in Betrieb gesetzt werden, «wenn eine fachlich anerkannte Kontrollmessung nachweisen kann, dass der Anlagengrenzwert bei sämtlichen Räumen mit empfindlicher Nutzung eingehalten ist». Gegen diese Selbstverständlichkeit hat Orange Beschwerde erhoben beim Verwaltungsge-

richt – und hat gesiegt! Das Verwaltungsgericht als oberste Instanz des Kantons erlaubt die Inbetriebnahme, auch ohne dass eine Kontrollmessung nachweisen kann, ob die Grenzwerte erfüllt sind oder nicht! Damit ist eidgenössisches Recht verletzt, denn die Einhaltung der Anlagengrenzwerte wird dort zwingend verlangt. Wie zeigt man, ob die Antenne gesetzeskonform läuft? Reines Hoffen oder Vermuten reicht ja nicht.

## **Widerstand geht ins Geld**

Weil das Verwaltungsgericht des Kantons Zug ein Verfahren als verbindlich erklärt, welches Bundesrecht verletzt, sind wir ans Bundesgericht (BG) gelangt. Finanzen: Man wird tüchtig bestraft, wenn man die Ämter dazu anhalten will, sich an die Gesetze zu halten! Bis und mit Verwaltungsgericht (VG) hat uns der Spass 12 000 Franken gekostet; plus die Anzahlung ans Bundesgericht von 4000 Franken sowie nochmals 4000 Franken für unseren eigenen Anwalt.

Heute ist die Chance besser geworden, solche Prozesse selber, das heisst ohne Anwalt zu führen: Das Bundesgericht hat kürzlich entschieden, dass wegen Formfehlern nicht gleich alles ungültig erklärt werden darf. Die Ämter, Gerichte und Behörden haben mit den Einsprechern Kontakt aufzunehmen, wenn juristischen Laien Formfehler unterlaufen sind!

## **Nochmals eine Komplikation**

Erst nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts, aber noch vor Ablauf der Frist für das Bundesgericht sind die neuen Vollzugs-Empfehlungen des BUWAL publiziert worden und sofort in Kraft getreten! Die Argumentation ist jetzt enger geworden für uns, denn das BUWAL erlaubt ganz beiläufig (ein Satz bloss im Begleitbrief, es steht nicht in den Vollzugs-Empfehlungen!), dass man die UMTS-Sender ausgerechnet zur Abnahmemessung mit

## **Was ist UMTS?**

Die Abkürzung UMTS steht für «Universal Mobile Telecommunications System». Es handelt sich um einen neuen Mobilfunkstandard, der zum Ziel hat, neben dem Sprachverkehr auch Datenübertragung mit höherem Durchsatz als mit dem bisherigen GSM-Standard zu ermöglichen.



Die UMTS-Antenne auf dem Dach der Loretostrasse 1 in Zug (innerhalb des Kreises).

falscher Strahlung betreibt, nämlich mit Nicht-UMTS-Strahlung. So lässt sich messtechnisch zeigen, ob der Anlagegrenzwert erfüllt ist oder nicht – aber es ist eben die falsche Strahlungsart! Wir haben argumentiert, dass bei «falscher» Strahlung später, das heisst im normalen Telefonbetrieb nie mehr eine Messung möglich sein wird. Bei einer Handänderung von Haus und Wohnung kommen die Fragen nach der Intensität der Strahlung ganz automatisch. Deshalb muss eine aussagekräftige Messung jederzeit auch nach Betriebsaufnahme möglich sein.

#### Widersprüchliche Praxis

Der Hauptwiderspruch, wonach der Mittelwert im Raum berechnet wird, aber der Spitzenwert bei der Messung verbindlich ist, bleibt auch in der neuen Vollzugs-Empfehlung bestehen. Das Verfahren ist und bleibt widersprüchlich! Bundesrat Leuenberger hat aus politischen Gründen den Faktor 2 herausgekippt, um den das BUWAL die Rechnung verschärfen wollte. Ob das Bundesgericht die neuen BUWAL-Spielregeln bei der Brauerei-Antenne noch berücksichtigt oder nicht, bleibt unklar. Gerügt haben wir sie jedenfalls.

#### UMTS-Antenne im Loretoquartier

Inzwischen ist eine weitere UMTS-Antenne bewilligt und aufgestellt worden: an der Loretostrasse 1 in Zug, unmittelbar neben dem Oberstufenschulhauses. Einsprachen der Anwohnerinnen und Anwohner und der Druck der Fraktion SGA/Parteilose im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug verzögerten den Bau um ein Jahr, konnten aber eine abgespeckte Version mit weniger Sendeleistung nicht verhindern. Zu einer entsprechenden Interpellation mochte sich der zurzeit zuständige Stadtrat Eusebius Spescha nicht äussern und er schwieg auch bei der Behandlung eines alternativen Postulates, welches ein dreijähriges Moratorium für den Bau von Mobilfunk-

antennen auf städtischem Boden verlangte. Das Postulat wurde nicht nur vom Stadtrat, sondern auch vom GGR abgelehnt. Immerhin gab es diesmal vereinzelt bürgerliche Stimmen für das Postulat.

#### UMTS: der Businesskiller

Die Mobilfunkbranche ist im Landeanflug auf den harten Boden der ökonomischen Realitäten. Dies hat SGA-Gemeinderat Martin Stuber mit den folgenden Worten an der GGR-Sitzung vom 10. September 2002 beschrieben:

«Der Handyboom ist vorbei, erstmals seit der Einführung ist die Anzahl der SMS in der Schweiz rückläufig und die Handyproduzenten zittern vor der Aussicht, dass viele, die ihr Handy gratis via Vertrag mit einem Mobilfunkanbieter erhalten haben, nun keine grosse Lust verspüren, für teures Geld ein neues Handy zu kaufen. Der Markt ist gesättigt.

Die Tarife kommen auch nicht mehr weiter runter – es gibt offensichtlich ein stillschweigendes Agreement zwischen den drei verbliebenen Anbietern, keine weiteren Preiskämpfe zu veranstalten – und mit der Zeit lernen die Leute, dass es halt doch wesentlich billiger ist, mit dem Festnetz zu telefonieren, wenn es geht.

Das betrifft auch die Mobilfunkkapazitäten. Inzwischen hat auch die Nachzüglerin auf dem Schweizer Markt – die dem bis über alle Ohren verschuldeten Konzern France Télécom gehörende Orange – ihr eigenes Netz offenbar fertig aufgebaut (vgl. Reklameausschnitt).»



Einen Ausweg aus der Marktsättigung dank UMTS erhofft sich nicht nur Orange. Auch Swisscom investiert fleissig in UMTS-Antennen. Unser Tipp: Swisscom-Aktien verkaufen, denn UMTS hat das Zeug zum Megaflop.

Bis zum heutigen Tag ist unklar, mit welchen Anwendungen die Kundschaft zum Umsteigen von ihren «alten» GSM-Handys auf neue UMTS-Handys bewegt werden könnte. Und der Fahrplan wird laufend nach hinten verschoben – in den USA ist inzwischen von 2007 die Rede.

Schliesslich ist ein zentrales Argument für UMTS insbesondere für Geschäftsleute schon vor dem Start weg vom Tisch: Japan, die USA und Europa haben je einen inkompatiblen UMTS-Standard gewählt, es wird kein globales UMTS geben.

#### Unhandliches Handy

Die Swisscom wäre wohl besser beraten, ihr Geld in den flächendeckenden Ausbau von schnellen Festnetzanschlüssen zu investieren. Das macht auch volkswirtschaftlich Sinn, denn es erhöht die Produktivität des Surfens, privat wie geschäftlich. Allerdings wird ADSL zum Misserfolg von UMTS beitragen, denn wer einmal das Online-Tempo eines ADSL-Anschlusses genossen hat, wird sich die vergleichsweise niedrigere Übertragungsrates eines UMTS Handys nicht mehr antun, vom winzigen Display des Handys mal ganz abgesehen. ■

**Das Netz in Zug ist ausgezeichnet, wirbt Orange. Wer braucht da neue Antennen?**



## Stadtrat Zug



Gemeinsame Liste SP, Alternative (SGA und Parteilose), CSV

### Marianne Zehnder

1956, wohnt in Zug-West, 2 Töchter. Key Account Managerin. Gemeinderätin. SGA.

## Gemeinderat Baar



Gemeinsame Liste SP, Alternative (SGA und Parteilose)

### Anna Lustenberger

1954, wohnt in Baar, verheiratet, 3 Kinder. Dipl. Sozialpädagogin. SGA.

## Grosser Gemeinderat Stadt Zug

Liste Alternative (SGA und Parteilose)



**Marianne Zehnder**, bisher 1956, wohnt in Zug-West, 2 Töchter. Key Account Managerin. SGA.



**Patrick Cotti**, bisher 1962, wohnt in Loreto, verheiratet, 3 Kinder. Gefängnisdirektor, Parteilos.



**Stefan Hodel**, bisher 1967, wohnt in Oberwil, verheiratet, 3 Kinder. Sozialarbeiter. SGA.



**Martin Stuber**, bisher 1957, wohnt in Guthirtquartier, in Partnerschaft. Informatiker. SGA.



**Renata Amrein-Cuorad** 1958, wohnt in Zug-West, verheiratet, 3 Kinder. Dipl. Behindertenbetreuerin. SGA.



**Astrid Estermann** 1970, wohnt in Zug-West, ledig. Amtsvormundin. SGA.



**Josy Kempf** 1933, wohnt in Zug-West, verheiratet, 3 Kinder. Rentnerin. Parteilos.



**Lea Zehnder** 1982, wohnt in Zug-West, ledig. Studentin. Parteilos.



**Andreas Hägi** 1982, wohnt in Zug-West, ledig. Automatiker, Parteilos.



**Urs E. Meier** 1945, wohnt in Oberwil. Architekt. Parteilos.



**Patrick Steinle** 1971, wohnt in Zug-West, verheiratet, 1 Tochter. Mikrobiologe. Parteilos.



## Regierungsrat



**Hanspeter Uster**, bisher  
1958, wohnt in Baar, verheiratet, 2 Söhne. Regierungsrat. SGA.



**Toni Kleimann**  
1950, wohnt in Cham, verheiratet, 1 Sohn. Sekundarlehrer. Kritisches Forum Cham.

Gemeinsame Liste  
SP, Alternative

## Ständerat



**Josef Lang**  
1954, wohnt im Guthirtquartier. Dr. phil | Historiker/Berufsschullehrer. Kantonsrat. SGA.

Gemeinsame Liste  
Alternative, SP

## Kantonsrat Stadt Zug

Liste Alternative  
(SGA und Parteilose)



**Josef Lang**, bisher  
1954, wohnt im Guthirtquartier. Dr. phil | Historiker/Berufsschullehrer. Kantonsrat. SGA.



**Annemarie Csomor**  
1941, wohnt in der Altstadt, geschieden, 1 Sohn. Sozialarbeiterin. SGA.



**Tanja Forster**  
1979, wohnt in der Altstadt, ledig. Parteisekretärin. SGA.



**Johanna Thommen**  
1963, wohnt im Guthirtquartier, in Partnerschaft, 1 Tochter. Krankenschwester. Parteilos.



**Stefan Gisler**  
1968, wohnt in Oberwil, in Partnerschaft, 1 Tochter. Kommunikationsbeauftragter. SGA.



**Christian Siegwart**  
1964, wohnt in Oberwil, verheiratet, 4 Kinder. Sozialarbeiter. Parteilos.



**Martin Stuber**  
1957, wohnt im Guthirtquartier, in Partnerschaft. Informatiker. SGA.

## Kantonsrat Baar

Gemeinsame Liste SP,  
Alternative (SGA und Parteilose)



**Anna Lustenberger**, bisher  
1954, wohnt in Baar, verheiratet, 3 Kinder. Dipl. Sozialpädagogin. SGA.



**Helena Geel**  
1946, wohnt in Baar, verheiratet, 1 Sohn. Dipl. Sozialbegleiterin. SGA.



**Berty Zeiter**  
1956, wohnt in Baar, verheiratet. Sekretärin im Sozialbereich. SGA.



# «Lehrerinnen und Lehrer machen nicht die Faust im Sack»

**Toni Kleimann aus Cham kandidiert auf der Liste der Alternativen für den Regierungsrat. Das BULLETIN befragte ihn zu seinem Vorzugsthema Schulentwicklung.**

**Interview Gerhard Schmid  
Bilder Genni Russo und Gerhard Schmid**

**BULLETIN:** Ist es klug, wenn ein Regierungskandidat schon vor den Wahlen sein Wunschdepartement bezeichnet, in deinem Fall die DBK, die Direktion für Bildung und Kultur?

**Toni Kleimann:** Niemand ist für alle Regierungsämter gleich gut geeignet. In vier weiteren Direktionen würde ich mich durchaus wohl fühlen, während ich von zweien die Finger lassen sollte.

**BULLETIN:** Nämlich?

**Toni Kleimann:** Finanz- und Baudirektion locken mich nicht. Die DBK steht für mich an oberster Stelle, weil mir Bildung und Kultur viel bedeuten: Ich bin engagierter Schulmann, Film- und Theaterliebhaber und war während 20



Jahren Saxophonist und Flötist in einer Dance- and Showband.

**BULLETIN:** Mit deiner Kandidatur willst du auch die Bildungsdiskussion im Kanton Zug ankurbeln.

**Toni Kleimann:** «Welche Volksschule braucht der Kanton Zug?» ist der Titel eines Referats mit Diskussion, das ich bis Anfang Oktober in verschiedenen Gemeinden anbiete.

**BULLETIN:** Was verstehst du unter Bildung?

**Toni Kleimann:** Bildung umfasst eine breite Palette von Kernkompetenzen wie

Wissen, Fertigkeiten und Werthaltungen. Angesichts der immer kürzer werdenden Halbwertszeit von Fachwissen gehören heute Teamfähigkeit, dauernde Lernbereitschaft und Methodenkompetenz zu den Schlüsselqualifikationen.

**BULLETIN:** Das Leben ist hektischer geworden, Beschleunigung ist Trumpf, auch in der Schule?

**Toni Kleimann:** Das Gegenteil wäre wünschbar! Lern- und Reifeprozesse brauchen Zeit, sofern sie nachhaltig sein sollen. Die Oberflächlichkeit unserer Fun- und Zappgesellschaft steht diesem Bemühen entgegen. Entschleunigung muss die Vision heissen. Für mich bedeutet dies Vermenschlichung.

**BULLETIN:** Wie steht es in der heutigen Schulwirklichkeit um das Verhältnis zwischen Bildungs- und Erziehungsauftrag?

**Toni Kleimann:** Das Abschieben elterlicher Erziehungspflichten in die Schule hat klar zugenommen. Bei anhaltender Tendenz werden wir weder dem Anspruch Schulung noch Erziehung gerecht werden können.

**BULLETIN:** Was für eine Schule schwebt dir vor?

**Toni Kleimann:** Unterrichten ist ein spannender, motivierender, aber zugleich harter Job, wo wir jungen Menschen Sinn und Tüchtigkeit vermitteln dürfen. Ich arbeite gerne mit Jugendlichen, und das hält mich bei der Stange, obwohl sich die Rahmenbedingungen in letzter Zeit dramatisch verschlechtert haben.

**BULLETIN:** Wo drückt der Schuh?

**Toni Kleimann:** Als Folge des gesellschaftlichen Wandels ist die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern anspruchsvoller geworden. Parallel dazu entwickelt sich die Schule weiter, und das soll so sein. Einzelne Reformschritte im Kanton Zug machen uns jedoch zu schaffen, weil sie unsorgfältig vorbereitet sind und den angestrebten Zielen zuwiderlaufen.

**BULLETIN:** Sind fachliches Unvermögen oder schlechter Wille in der Direktion für Bildung und Kultur dafür verantwortlich?

**Toni Kleimann:** Möglicherweise sind DBK-Mitarbeitende demselben unerfüllbaren Erwartungsdruck ausgesetzt wie die Lehrerschaft. Wenn ich sehe, welche vielfältigen Anforderungen an einen Vorsteher des Amtes für gemeindliche Schulen gestellt werden, überrascht mich die ungenügende Qualität der Dienstleistungen aus der DBK nicht. Was uns ärgert, ist die mangelnde Sensibilität der politisch Verantwortlichen, ihre Distanz zum Schulgeschehen und die dürftige Kommunikation. Unserer politischen Führung fehlt der Überblick.

**BULLETIN:** Immerhin liegt jetzt ein Gesamtkonzept für alle Reformschritte vor, welches eingeführte und geplante Neuerungen transparent auflistet.

**Toni Kleimann:** Darauf haben wir lange warten müssen. Ausserdem genügt es nicht, der Schule wissenschaftlich propagierte Ideen einzupflanzen, ohne mögliche Folgen im Voraus zu bedenken und seriöse Evaluationskonzepte mitzuliefern.

**BULLETIN:** Reformen haben es im Schulwesen traditionsgemäss schwer.

**Toni Kleimann:** Ja, Kritik gibt es immer. Dies ist notwendig für eine gute Entwicklung. Was mich seit Jahren irritiert, ist die Resignation, besonders unter den Oberstufenlehrerinnen und -lehrern. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit Schule generell findet unter den Profis der Schule viel zu wenig statt.

**BULLETIN:** Trotzdem engagierten sich über hundert Oberstufenlehrpersonen vor den Sommerferien an einer Demo.

**Toni Kleimann:** Der grosse Aufmarsch und unsere Petition mit 250 Unterschriften haben mich beeindruckt und gefreut. Lehrerinnen und Lehrer machen nicht mehr nur die Faust im Sack, sondern verstehen sich als Gemeinschaft, die für ihre Anliegen kämpft.

# cht mehr nur

## Toni Kleimann-Andres, Cham

52-jährig, Vater eines Sohnes, Sekundarlehrer phil. I., Vorstandsmitglied Kritisches Forum Cham, Regierungsratskandidat.

**1974-92:** Sekundarlehrer in Steinhausen, davon 4 Jahre Prorektor.

**1992-94:** Weiterführende Studien an der Universität Zürich.

**1994-96:** Unterricht am Integrationskurs Zug.

**Seit 1996:** Integrations- und Sekundarlehrer in Cham (Kleinklasse Deutsch, Fremdsprachen Oberstufe).

**BULLETIN:** Für die Lehrerschaft stimmt die zeitliche Belastung an der Kooperativen Oberstufe KOST nicht mehr?

**Toni Kleimann:** Nicht nur das, auch konzeptionell überzeugt das Modell in keiner Weise.

**BULLETIN:** Ist leistungsdifferenzierter Niveauunterricht in den Fächern Mathematik und Französisch nicht sinnvoll?

**Toni Kleimann:** Abgesehen von einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrerschaft sowie einengenden, starren Stundenplänen verfehlt die KOST ihr Hauptziel: Je ausgeprägter die Separation, umso schlechter die Leistungen, speziell in den schwächeren B-Lerngruppen. Insofern ist die sogenannte Kooperative Oberstufe mit ihrer äusseren Differenzierung in Niveaus und Schultypen

wie Untergymnasium, Sek und Real der falsche Weg und scheint mir nach zwei Jahren Erfahrung zum Scheitern verurteilt.

**BULLETIN:** Welchen Stellenwert hat die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes?

**Toni Kleimann:** Im System Volksschule sehe ich die Lösung in einer Binnendifferenzierung, wo wir innerhalb derselben, leistungsmässig heterogenen Klasse unterschiedliche Lernziele anstreben. Bis zu drei Niveaus lassen sich sinnvoll betreuen, wenn wir Schülerinnen und Schüler an selbstständiges Arbeiten gewöhnen.

**BULLETIN:** Die Unterrichtsvorbereitung wird jedoch aufwändiger und damit auch die Belastung für die Lehrpersonen.

**Toni Kleimann:** Ressourcen sind besser zu nutzen, zum Beispiel durch eine Professionalisierung der Unterrichtsvorbereitung: Innerhalb eines Teams werden Unterrichtseinheiten verteilt und so gestaltet, dass sie mehreren Klassen zur Verfügung stehen. In Mathematik und Französisch existieren bereits Lehrmittel, welche sich für die Binnendifferenzierung eignen.

**BULLETIN:** Ganz im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb des Schulhauses?

**Toni Kleimann:** Durchaus, aber so neu ist eine enge Kooperation in funktionierenden Schulteams gar nicht. Das praktizieren wir schon seit Jahrzehnten. Das Einzelkämpfer-Image rührt daher, dass der Lehrer im Unterricht alleinige Verantwortung zu tragen hat. Ich kenne aber keine Kolleginnen und Kollegen, die sich gegen Klassenassistenten wehren würden.

**BULLETIN:** Was hältst du von einer verstärkten Autonomie und Eigenverantwortung der örtlichen Schulen?



Toni Kleimann zum Tempo von Schulreformen: «Lern- und Reifeprozesse brauchen Zeit, sofern sie nachhaltig sein sollen.»

**Toni Kleimann:** Viel wichtiger wäre eine intensivere Personalbetreuung und -entwicklung durch die Rektorate. Mit der Teilautonomie werden wieder Ressourcen gebunden, die im Kerngeschäft fehlen.

**BULLETIN:** Einschneidende Änderungen stehen in den Bereichen Computerverunterricht und Fremdsprachen an. Wie stellst du dich dazu?

**Toni Kleimann:** Der Computer ist ein Arbeitsinstrument und nicht mehr. «Die Schule am Netz» hat meines Erachtens die Qualität der Bildung nicht verbessert.

**BULLETIN:** Und die Vorverlegung des Englischunterrichts in die 3. Primarklasse und der Französischbeginn in der 5. Klasse?

**Toni Kleimann:** Das sogenannte Frühfranzösisch war der Flop des letzten Jahrzehnts. Ich trete dezidiert für das Frühenglisch ein und sehe den Französischunterricht unter den gegebenen Umständen wieder ab dem 7. Schuljahr. Alles andere ist eine Überforderung für viele Schülerinnen und Schüler.

**BULLETIN:** Mit Einbussen bei der Sprachgewöhnung und im Artikulationsvermögen der Kinder!

**Toni Kleimann:** Mag sein, aber es gilt Prioritäten zu setzen. Wichtig sind brauchbare Ergebnisse in zwei Fremdsprachen am Ende der obligatorischen Schulzeit.

**BULLETIN:** Zum Beispiel durch Überwindung des kursorischen Unterrichts

mittels Zweisprachigkeit in anderen Fächern?

**Toni Kleimann:** Womit Embedding oder Immersion gemeint ist. Um Fächer wie Mensch und Umwelt, Lebenskunde oder

musische Bereiche in einer Fremdsprache zu unterrichten, fehlen den meisten Volksschullehrkräften die fachlichen Voraussetzungen. Die nöti-

ge Sprachkompetenz lässt sich auch in Fortbildungskursen kaum erreichen.

**BULLETIN:** Zweisprachige Schulen liegen im Trend.

**Toni Kleimann:** Das stimmt. In der Schweiz aber vorwiegend auf privater Basis und an der Sekundarstufe II. Falls wir Native Speakers zur Assistenz beziehen dürften, hätte die Idee auch in der Volksschule etwas für sich. Meine anfängliche Methodengläubigkeit ist allerdings im Laufe der Jahre geschwunden. Die Lernforschung hat festgestellt – o Wunder –, dass die Lehrperson für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler viel entscheidender ist als die angewandte Methode.

**BULLETIN:** In deinen Wahlslogans ist von Controlling für die Schule die Rede. Was heisst das?

**Toni Kleimann:** PISA 2000 (Programme for International Student Assessment) hat gezeigt, dass Länder mit präzisen und überprüfbareren Lernzielvorgaben bezüglich Wirksamkeit von Schule besser abschneiden als Länder mit ausufernden Lehrplänen. Jährliche Standardtests unterstützen ein zielgerichtetes Lernen.

**BULLETIN:** Beim bildungsföderalistischen Wildwuchs in der Schweiz eine reine Utopie!

**Toni Kleimann:** Der Bildungsföderalismus verstellt uns manchmal tatsächlich

den Blick für die grossen Probleme und adäquate Lösungen. Das Prinzip Hoffnung in den Bemühungen der Erziehungsdirektorenkonferenz, EDK, dürfte sich noch über längere Zeit halten. Ein Regionenföderalismus erhöht andererseits die Chance Initiativen zu ergreifen, und zwar unter Mitwirkung der Schulprofis, den Lehrpersonen.

**BULLETIN:** Die PISA-Studie hat die Schulleistungen Gleichaltriger aus verschiedenen Ländern miteinander verglichen. Ist die späte Einschulung ein Grund für das schlechte Abschneiden der Schweiz?

**Toni Kleimann:** Ungenügend waren die Leistungen der Schweizer Schülerinnen und Schüler im sprachlichen Bereich, insbesondere beim Textverständnis und dafür sind andere Faktoren als das Alter massgebend.

**BULLETIN:** Welche?

**Toni Kleimann:** Mangelnde Förderung der Kinder im Vorschul-, will heissen Bilderbuchalter, der Hang zu bruchstückhafter Ausdrucksweise mittels SMS oder Internet, der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler beim Test spielten wohl eine entscheidende Rolle und wahrscheinlich auch das gegliederte Schulsystem, wo die Auslese wichtiger ist als der Fördergedanke.

**BULLETIN:** Auf welche Weise sollten Kinder eingeschult werden: im herkömmlichen Sinn oder nach dem Basisstufenmodell?

**Toni Kleimann:** Die Idee einer Grundstufe, wo Kindergarten und erste Klasse zu einer dreijährigen Mischform verschmolzen werden, ist prüfungswert. Doch es fehlt die Erfahrung, und deshalb befürworte ich entsprechende Schulversuche auch in der Innerschweiz.

**BULLETIN:** Konkurrenzdenken ist ein prägendes Element unserer Gesell-

schaft. Wieviel bekommt die Schule davon ab?

**Toni Kleimann:** Die Schule steht nicht im Elfenbeinturm und der Mensch, auch der Schüler, steht im Wettbewerb. Es gehört zu den Aufgaben der Lehrpersonen, das Interesse der Schülerinnen und Schüler auf den Lerninhalt zu lenken sowie Lernziele und Lernfortschritte transparent zu machen: Förderungsorientiertes Beurteilen heisst die Antwort.

**BULLETIN:** Wie stellst du dir die Schule der Zukunft vor?

**Toni Kleimann:** Das Wesentliche bleibt gleich: Gute Schulen sind Orte, wo Lehren und Lernen Freude machen, wo gegenseitiges Vertrauen herrscht, wo engagiert auf klare Ziele hingearbeitet wird.

**BULLETIN:** «Gute Schule bedeutet Qualitätsentwicklung», postuliert unser Noch-Bildungsdirektor Walter Suter.

**Toni Kleimann:** Mit dem Schlagwort Qualitätsentwicklung kann ich wenig anfangen. Eine gute Schule ist vor allem eine ehrliche Schule, die nicht so tut, als ob sie Unmögliches leisten könnte. Sie erneuert sich schrittweise und nicht im Hauruckverfahren. Grosse Teile der Zuger Lehrerschaft sind frustriert, weil sie sich im Reformprozess nicht ernst genommen fühlen. Das mündet oft in die innere Emigration bis zur Berufsaufgabe.

**BULLETIN:** Noch konnten im Kanton Zug alle Stellen besetzt werden.

**Toni Kleimann:** Ja, aber wie: Vermehrt im Einsatz sind stufenfremde Lehrkräfte und in Crashkursen umgeschulte Primarlehrer für die Oberstufe. Die zunehmende Feminisierung unseres Berufsstandes, die dramatisch schwindende Zahl von Vollzeitstellen sowie Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen sprechen eine deutliche Sprache. Ich befürchte mittelfristig einen Lehrermangel in weit höherem Ausmass als bei bisherigen Schwankungen auf dem Stellenmarkt. ■

# Bewegung durch Besetzung

**Zug erlebte seit langem wieder einmal eine Hausbesetzung durch eine neue Zuger Jugendbewegung, einen postwendenden Hausabbruch sowie die ebenso postwendende Besetzung des Zeughausareals durch die bewegten Jugendlichen. Der Artikel widerspiegelt die Situation bei Redaktionsschluss. Aktuelles erfahren sie unter [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch), zum Beispiel die diese Woche eingereichte Einzelinitiative von Gemeinderatskandidatin Lea Zehnder.**

**Von Martin Stuber  
Bilder Martin Stuber**

Das SGA-Präsidium reagierte prompt und bezeichnete die Hausbesetzung an der Gubelstrasse 12 als Folge «einer grassierenden Wohn- und Kultur-Raumnot», die sich in den letzten Jahren wieder verschärft habe: «Je tiefer die Steuern, desto höher die Boden- und Mietpreise. Diesen Zusammenhang bestätigt jede Statistik. Und darauf verweisen wir Alternativen seit 25 Jahren. Als wir vor zwei Jahren die Steuergesetzrevision mit ihren radikalen Steuerenkungen bekämpften, war die Verteuerung des Bodens und damit der Mieten eines unserer Hauptargumente. Ausgerechnet der Politiker, der diesen Zusammenhang immer am vehementesten bestritt, ist gleichzeitig Rechtsvertreter des Grundeigentümers an der Gubelstrasse 12.»

## Zug hat die höchsten Mieten

Von den 49 Gebieten, in welche die Schweiz statistisch aufgeteilt wird, hat Zug mit Abstand die höchsten Mieten. Sie liegen um fast 30 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt. Auf dem zweiten Platz folgt die «Ebner-Zone» Pfäffikon SZ. Erst auf dem dritten Platz liegt die Stadt Zürich. In der Grossestadt Genf, die an 12. Stelle liegt, sind die Mie-

ten 25 Prozent tiefer als in Zug. Das hat auch damit zu tun, dass dort der soziale Wohnungsbau viel stärker verbreitet ist.

## Eskalation in Kauf genommen

Die Fraktion SGA/Parteilose im Grossen Gemeinderat äusserte in ihrer dringenden Interpellation «überhaupt kein Verständnis für den Entscheid des Stadtrates vom letzten Dienstag, die Abbruchbewilligung und gleichzeitig die Baubewilligung für Parkplätze zu erteilen». Die Stadt habe in einer Situation, in welcher der Grundeigentümer offensichtlich nicht bereit war zum Gespräch mit den Hausbesetzenden das Risiko einer schnellen Eskalation in Kauf genommen: «Nur dank des besonnenen Vorgehens der Polizei sowie der Besetzerinnen und Besetzer, verbunden mit intensiven Vermittlungsbemühungen ist es nicht zu dieser Eskalation gekommen.» Martin Stuber wollte vom Stadtrat unter anderem wissen, ob es zutrefte, dass der Grundeigentümer auf dem Grundstück ein Projekt plane, das eine Aufzoning bedinge, somit vor den GGR müsse und referendumsfähig sei.

## Chance Zeughaus

Kantonsrat Josef Lang bezeichnete namens der Alternativen Fraktion das Zeughausareal als «eine riesige Chance, die Probleme der grassierenden Wohn- und Kulturraumnot zu lindern». Dies sei allerdings nur möglich, wenn der Kanton möglichst gemeinsam mit der Stadt dieses Grundstück erwerbe und als Bodenbesitzer dafür Sorge, dass hier preisgünstige Wohnungen für Normal- und Schwachverdienende sowie selbstverwalteter Kultur- und Wohnraum für Kulturschaffende und Jugendliche wie auch Gewerberaum für Kleinunternehmen erstellt werde. Die Alternative Fraktion fragt deshalb in ihrer dringlichen Interpellation, ob der Regierungsrat bereit ist, mit dem Eidgenössischen Departement

für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), welchem das ehemals militärisch genutzte Zeughausareal gehört, neue Kaufverhandlungen aufzunehmen. Josef Lang hatte bereits im Juni 2002 in der erweiterten Staatswirtschaftskommission beantragt, einen Teil des Rechnungsüberschusses von 49 Millionen Franken für den Kauf des Zeughausareals zu verwenden.

Der Tenor der alternativen Reaktionen lautet: «Die Besetzungsaktionen wie auch die Sympathien, die diese in breiten Kreisen der Bevölkerung finden, sind subjektiver Ausdruck einer objektiven Notlage, die sehr ernst zu nehmen ist.» Schliesslich ist auch die Zuger Jugendbewegung der frühen 1980-er Jahre aus einer Not an Wohn- und Kulturräumen heraus entstanden. ■

**Haus Gubelstrasse 12 – kaum besetzt, schon abgebrochen. Dann die Besetzung des Zeughauses.**





Die ZVB beschäftigen nur wenige eingewanderte Fahrerinnen oder Fahrer. Arsim Osmanaj ist einer von ihnen.

## Integrationsnetz Zug

# «It's the economy!»

**Noch steht die Plakatausstellung zu «Islam im Kanton Zug – Integration statt Vorurteile» bevor und schon ist das Integrationsnetz Zug wieder mitten in der Planung: Für die nächsten drei Jahre will der Verein seine Projektarbeit dem Thema Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt widmen. Denn wie es der frühere US-Präsident Bill Clinton einst träf ausdrückte: Auf die Wirtschaft – und damit auch die Arbeit – kommt es an!**

**Von Gisela Hürlimann, Präsidentin  
Verein Integrationsnetz Zug  
Bild Integrationsnetz Zug**

«Zmittag währschaft – Znacht originell», so lautete der Titel eines in der «Zuger Presse» erschienen Berichts über ein traditionsreiches Baarer Gasthaus. Der Artikel war illustriert mit dem Bild von vier Angestellten, die allesamt Namen tragen – dies gilt auch für den Wirt –, welche auf einen ost- und südeuropäischen sowie srilankischen Hintergrund verweisen. Wenn auch die Präsenz eingewandeter Arbeitskräfte nicht überall so stark ist wie im Gastgewerbe, so dürfte einer breiteren Zuger Bevölkerung doch noch zuwenig bewusst sein, dass die rund einen Fünftel der gesamten Wohnbevölkerung ausmachende ausländische Wohnbevölkerung einen Viertel aller Erwerbstätigen stellt und damit einen wesentlichen Beitrag nicht nur zur Leistung der notwendigen Arbeit, sondern auch zum Volkseinkommen und zur Sicherung der Altersvorsorge leistet.

Dabei sind Ausländerinnen und Ausländer überproportional in Branchen und Berufungen vertreten, die sich durch ein tieferes Lohnniveau, längere oder unregelmässige Arbeitszeiten, physisch anspruchsvolle und/oder gesundheitlich prekärere Ar-

beitsbedingungen, durch steilere Hierarchien und schlechtere Weiterbildungs- und Karrierechancen auszeichnen. In der Folge werden ausländische Arbeitskräfte auch häufiger Opfer von Restrukturierungsmassnahmen und belasten die Arbeitslosenversicherung stärker. All dies läuft der teils faktischen, teils rhetorischen «Integration durch Arbeit» entgegen und zeigt deutlich, dass diese allein noch keine gesellschaftliche Integration im Sinne einer Chancengleichheit punkto Bildung, Einkommen, Gesundheit, politische Rechte sowie soziokulturelle Entfaltungsmöglichkeiten bedeutet. Im Gegenteil scheinen manche Arbeitsverhältnisse einen Zustand, der einer nachhaltigen Integration abträglich ist, eher noch zu zementieren.

### Benachteiligung messen!

Die Migrationssoziologie fordert Erhebungen, die jene Diskriminierung messen, die nach Abzug der rechtlichen Benachteiligung (nur Niedergelassene mit C-Ausweis sind auf dem Arbeitsmarkt den Einheimischen annähernd gleich gestellt) sowie der objektiven Qualifikations- und Erfahrungsunterschiede bleibt; ähnlich wie das für die Frauen gemacht wurde. Noch kaum untersucht sind gesundheitliche Schäden, die unterprivilegierte ausländische Arbeitnehmende an ihrem Arbeitsplatz erleiden und welche nicht nur zu erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten führen, sondern auch die Lebensqualität, das Gesundheitsbewusstsein im Alltag und den Integrationswillen der Betroffenen mindern. Die integrative Funktion des Arbeitsmarktes kommt bei jungen Migrantinnen und Migranten, die keine Lehrstelle finden, gar nicht erst zum Tragen, was sich individuell für die Lebensgestaltung dieser Jugendlichen wie auch gesellschaftlich (z.B. höheres Konfliktpotenzial) negativ auswirkt.

Zug ist zurzeit der am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffene Deutschschweizer Kanton. Ein grosser Teil dieser durch Ar-

## Integrationsnetz Zug

beitsplatzabbau in Industrieunternehmen arbeitslos gewordenen Beschäftigten sind Eingewanderte. Diesen stehen für Zentral-schweizer Verhältnisse überdurchschnittlich viele Kaderangestellte mit ausländischem Pass gegenüber, die im Kanton Zug zudem von einer guten Infrastruktur (englischsprachige Schulen, wirtschaftsfreundliche Verwaltung) profitieren. Nicht zu vergessen ist nämlich, dass am oberen Ende der Lohnskala ausländische Kader im Schnitt mehr verdienen als schweizerische Kader. Ausländische Arbeitskraft ist also nicht gleich ausländische Arbeitskraft: eine Binsenwahrheit, die vergessen geht, wenn man die Wichtigkeit der sozioökonomischen Faktoren vernachlässigt.

### Die Stimme der ausländischen Arbeitnehmenden

Im Rahmen seiner Veranstaltungs- und Ausstellungswoche «Integration heisst Kultur!» thematisierte das Integrationsnetz Zug diese Arbeitsverhältnisse bereits ansatzweise, indem es eine Betriebsumfrage bei einigen grossen Zuger Arbeitgebern durchführte und in Videointerviews mit zehn Migrantinnen und Migranten – beide Dokumente wurden in der Ausstellung gezeigt und können auch ausgeliehen werden – diese zu ihrem beruflichen Werdegang befragte. In der dazu veranstalteten Podiumsdiskussion mit Vertretungen der Verwaltung, von Ausländerberatungsstellen und Beschäftigungsprogrammen äusserten viele Migrantinnen und Migranten im Publikum ein Unbehagen über fehlende Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und über unbefriedigende Arbeitsverhältnisse.

Diese Stimmen gilt es ernst zu nehmen: Die staatlichen und vom Staat unterstützten Institutionen im Bereich Migration, Integration und Arbeit haben die Aufgabe, Ausländerinnen und Ausländer bei Ihrer Arbeitssuche zu unterstützen und für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorgaben auf Arbeitgeberseite und der aufenthaltsrechtlichen Pflichten auf Arbeitneh-

merseite zu sorgen. Keine dieser Stellen ist jedoch genügend unabhängig, um erstens den Zusammenhang zwischen der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und der gesamtgesellschaftlichen Ungleichheit zwischen ausländischen und schweizerischen Arbeitskräften zu thematisieren, zweitens den Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten auf dem Zuger Arbeitsmarkt eine authentische Stimme zu verleihen und drittens Verwaltung, Politik, Arbeitgeberseite und Migrantinnen wie Migranten zur Überprüfung der arbeitsmarktlichen Praxis und ihrer «Performance» darin aufzufordern.

### Studie zu ausländischen Arbeitnehmenden

Diese Aufgabe will das Integrationsnetz Zug in den nächsten drei Jahren in verschiedenen Projektaktivitäten wahrnehmen: Unter anderem möchten wir ein Buch produzieren, in dem Migrantinnen und Migranten in Wort und Bild über ihre Erfahrungen auf dem Zuger Arbeitsmarkt berichten. Gleichzeitig regen wir die zuständigen Stellen – die Kommission für Integration und gegen Rassismus, in der wir auch vertreten sind, die Caritas-Geschäftsstelle oder das Amt für Wirtschaft und Arbeit – an, eine repräsentative, wissenschaftlich fundierte Umfrage zur Lage der ausländischen Arbeitnehmenden auf dem Zuger Arbeitsmarkt durchführen zu lassen.

Was Stadt und Kanton Zug beim symbolisch einflussreicheren, real aber unwichtigeren Thema «Jugendgewalt» vermochten, nämlich Forschende mit einem Studienauftrag auszustatten, das sollte auch bei der zentralen Frage nach der Situation und Befindlichkeit, auch nach der ökonomischen Bedeutung der Immigrierten auf dem Zuger Arbeitsmarkt möglich sein. Zudem würde eine solche Datenbasis auch die Umsetzung des für 2003 zu erwartenden Zuger Integrationsleitbildes, für welches das Integrationsnetz auch eine wissenschaftliche Studie ähnlich jener im Kanton Luzern wünscht, erleichtern. ■

## Wer vertritt die Migrantinnen und Migranten politisch?

Die künftige Grossgewerkschaft aus SMUV und GBI wird zu über 50 Prozent aus Migrantinnen und Migranten bestehen, die damit mindestens wirtschaftspolitisch ein Wort mitzureden haben. Direkte politische Mitsprache besteht für Menschen ohne Schweizerpass ansonsten kaum. Auch im neuen Zuger Kantonsparlament werden die Migrantengruppen nicht vertreten sein.

Umso mehr sind die aufgeschlossenen Parteien aufgefordert, sich dieser Bevölkerungsgruppe vermehrt zu öffnen und Eingebürgerte unter ihnen für eine Kandidatur für Legislative oder Exekutive aufzubauen. Denn die SVP erhält mancherorts regen Zulauf von aufstiegsorientierten «Secondos». Doch längst nicht alle aus der wachsenden Zahl von Eingebürgerten – zurzeit ist jede zehnte Person mit Schweizerpasse eingebürgert – können sich mit deren sozial-, migrations-, wirtschafts- und umweltpolitischen Programm identifizieren.

Die Frage lautet also, wer die über zwanzig Prozent ausländische Wohnbevölkerung im Kanton Zug auch parlamentarisch zu vertreten bereit ist – mindestens solange Ausländerinnen und Ausländer keine politische Mitsprachemöglichkeit haben. Die SGA und Alternativen haben hierzu erste Schritte unternommen und fordern unter anderem auch die Integration von ausländischen Mitmenschen in kommunale Kommissionen. Nun sind auch die SP und die Bürgerlichen aufgefordert, das Währschaft-Einheimische und das Originell-Innovative, das Migration so mit sich bringt, in ihren politischen Lösungsrezepten zu verbinden.

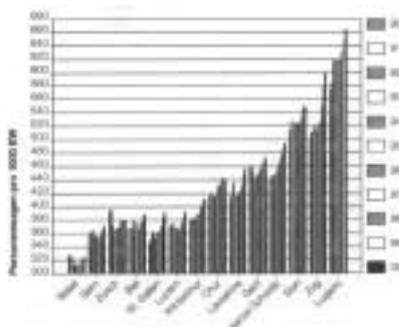
# Mit Vollgas ins Chaos

Wer findet, dass es zuwenig Autoverkehr hat im Kanton Zug, der liegt mit dem vor den Sommerferien genehmigten Teilrichtplan Verkehr goldrichtig. Um satte 43 Prozent soll der motorisierte Individualverkehr (MIV) bis ins Jahr 2020 wachsen. Mit den Wachstumsraten der letzten zehn Jahre ist das leider realistisch. Und weil den bürgerlichen Parteien im Kantonsrat die freie Wahl der Verkehrsmittel heilig ist, müssen halt neue Strassen gebaut werden.

Von Martin Stuber  
Bild Stefan Gisler

Wie die Prioritäten aussehen, zeigt sich deutlich bei den vorgesehenen finanziellen Mitteln, die eingesetzt werden sollen. Für den motorisierten Individualverkehr sollen Kanton und Gemeinden 1161 Millionen Franken ausgeben, während für den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr nur ein gutes Drittel davon bleibt.

Die Alternative Fraktion war leider die einzige, welche diese verkehrte Verkehrspolitik konsequent bekämpfte und den Teilrichtplan geschlossen ablehnte.



Entwicklung der Personenwagendichte in Schweizer Städten.

Quelle: Tiefbauamt der Stadt Zürich.

Nur zum Teil unterstützte die SP-Fraktion alternative Streichungsanträge bei einzelnen Strassen und zur Verblüffung der AF lehnte die SP-Fraktion die neue Tangente Neufeld mit dem Margeltunnel nicht ab, sondern wollte nur die Priorität nach hinten schieben. Zitat Trudy Fux: «Die SP-Fraktion unterstützt mit Zurückhaltung den Bau der Tangente Neufeld, wie er im Richtplan aufgeführt ist, stellt aber den Antrag, das Projekt von der Priorität 1 in die Priorität 3 zu setzen.» Völlig allein blieb die AF mit dem Antrag, den Autobahnausbau auf 6 Spuren zu streichen.

## Kein einheitliches Parkplatzreglement

Strassen hat der Kantonsrat also keine gestrichen, dafür wurde der Passus über ein kantonal einheitliches Parkplatzreglement auf Antrag des Steinhauser FDP-Kantonsrates Hans Peter Schlumpf gekippt, was als grosser Rückschlag mit langfristigen Folgen bezeichnet werden muss.

Neueste Zahlen aus der Stadt Zug zeigen nämlich exemplarisch den Zusammenhang zwischen Parkplatzbau und Verkehrssituation. Innert 10 Jahren ist der PP-Bestand von rund 21 200 auf über 27 000 gestiegen. 27 000 Parkplätze in einer Stadt mit 23 000 Menschen und 12 300 Haushaltungen!

Kein Wunder, dass die Personenwagendichte in den 90-er-Jahren in keiner anderen Stadt so stark zugenommen hat wie in Zug (vgl. Diagramm). Inzwischen hat nur noch Lugano eine höhere Dichte! Zentrumsnahe Städterinnen und Städter spüren diese Entwicklung tagtäglich.

Bewiesen ist damit nicht nur, dass das Parkplatzangebot die Verkehrsmenge direkt beeinflusst, sondern es widerspiegelt auch die Veränderung der sozialen Zusammensetzung in der Stadt. Hinter der stark gestiegenen PW-Dichte versteckt sich nämlich zwangsläufig eine wachsende Zahl von Zweit- und Drittautos. Die tiefen Steuern mit ihrer Anzie-

hungskraft für wohlhabende Leute lassen grüssen.

## Minitunnel in dritte Priorität zurückgestuft

Der AF-Antrag, den Minitunnel in der Stadt Zug in der Kurzvariante des städtischen Mitwirkungsverfahrens in den Richtplan einzuzeichnen, fand bei keiner anderen Fraktion Unterstützung. Dabei geht es um die Frage, ob der Minitunnel eine Kernumfahrung zur Entlastung der Innenstadt oder eine weiterführende Umfahrung für den wenigen Durchgangsverkehr sein soll. Das hat enorme Kostenfolgen: die Kurzvariante ist für ca. 130 Millionen Franken zu haben, die lange Variante kostet mindestens 350 Millionen Franken und wird alleine schon aus Kostengründen wohl kaum in dieser Form gebaut werden.

Der Antrag der Alternativen Fraktion, den Minitunnel in der Priorität nach vorne zu ziehen, wurde von den Bürgerlichen geschlossen abgelehnt. Was die Wählerschaft in der Stadt Zug wissen sollte: die beiden Stadtratsmitglieder im Kantonsrat – Vreni Wicky und Hans Christen – stimmten beide gegen die Priorisierung des Minitunnels.

## Tangente Neufeld – Referendum gegen Zerstörung des Naherholungsgebiets

Im Teilrichtplan eingezeichnet ist zum Glück noch nicht gebaut. Dennoch hat die Verabschiedung des Teilrichtplanes unmittelbare Konsequenzen. Der Kanton nimmt nun die Projektierung der Tangente Neufeld mit dem Margeltunnel an die Hand, die Vorlage dürfte 2003 in den neu gewählten Kantonsrat kommen. Mindestens 180 Millionen Franken und die Zerstörung eines Naherholungsgebietes zwischen Zug und Baar für täglich rund 2000 Autos, welche vom Berg zur Autobahn wollen? Mit der Vorbereitung des Referendums sollten wir schon bald beginnen.



**Bis hierher und nicht weiter! Der Teilrichtplan Verkehr sieht eine Verlängerung der General-Guisan-Strasse zu einem künftigen Autobahnanschluss Ammansmatt vor.**

### Und die Stadtbahn?

Der Kantonsrat lehnte mit 49 zu 17 Stimmen den Antrag der Alternativen Fraktion ab, die 2. Etappe der Stadtbahn in die 1. und 2. Priorität zu verschieben. Ein fataler Fehlentscheid! Wir wissen heute, dass die 1. Etappe der Stadtbahn mindestens vier Jahre zu spät kommt. Eine Folge davon: die Neuüberbauung Kistenfa-

brik will zusätzlich 110 Parkplätze, weil sie angeblich wegen mangelndem Parkraum nicht alles vermieten könne. Ganz in der Nähe kommt eine neue Haltestelle der Stadtbahn zu stehen. Aber eben: zu spät. Der Antrag auf PP-Erhöhung hätte kaum eine Chance und wäre vielleicht gar nicht gestellt worden, wenn die Stadtbahn und diese Haltestelle schon in Betrieb wären.

Bei den langen Vorlaufzeiten für ein solches Projekt ist es angezeigt, heute schon mit der Planung zu beginnen. Hier wartet auf die Alternative Fraktion in der neuen Legislatur eine interessante Herausforderung, welche prioritärer Behandlung bedarf.

### Nordzufahrt noch nicht gebaut

In der kantonsrätlichen Debatte wurde betont, dass es mit dem Teilrichtplan um behördenverbindliche Raumfreihaltungen gehe und die Prioritätenliste als Absichtserklärung zu verstehen sei, welche in regelmässigen Abständen überprüft werden müsse. Die Nordzufahrt hingegen ist schon beschlossen und wird zurzeit projektiert. Noch ist aber nicht alles Land akquiriert – gemunkelt wird inzwischen von nötigen Enteignungen. Womit der ursprüngliche Fahrplan mit der Eröffnung im Jahre 2006 illusorisch sein wird. Die beschlossene Linienführung haarscharf am Gartenstadtquartier vorbei hat die betroffenen Anwohnerschaft

auf den Plan gerufen, die eine alternative Linienführung durch das Büroareal vorschlägt.

Die politischen Behörden wollen davon nichts wissen. Offenbar gehen sie davon aus, dass sie die Abstimmung in der Stadt Zug gewinnen werden. Der Beitrag der Stadt an die Nordzufahrt (fast 15 Millionen Franken) kommt nämlich obligatorisch vor das Volk. Erinnerungen an die Bruibachbrücke werden wach – dort hat sich im Frühling das «beglückte» Quartier mit Unterstützung unserer Fraktion erfolgreich gewehrt.

### Chaos vorprogrammiert

Die drei grossen Strassenprojekte (Nordzufahrt, Tangente Neufeld, Verlängerung General-Guisan-Strasse) haben zusammen mit dem Sechsspurausbau der A4 den Effekt, dass die Agglomeration im Allgemeinen und die Stadt Zug mit ihren zurzeit 23 000 Arbeitsplätzen «effizienter» mit Autos abgefüllt werden. Mit anderen Worten: die Staus verlagern sich teilweise Richtung Zentrum, teilweise auf andere Knoten. Das Chaos ist vorprogrammiert, wie es übrigens in einer Verkehrsstudie zum SIEMENS-Areal schon höchst offiziell belegt ist: im Jahre 2020 werden die grossen Knoten hoffnungslos überlastet sein.

Der Titel unseres Beitrages ist nicht polemisch, sondern realistisch. Sorgen wir dafür, dass es nicht soweit kommt. ■

### Worte und Taten

Als Kandidat für den Kantonsrat beantwortet Eusebius Spescha die Frage nach der Linienführung der Nordzufahrt im neusten «ZugWest Kurier» folgendermassen: «Wenn es aber gelingt, die Linienführung der NZ zu optimieren, unterstütze ich dies.»

Als stellvertretender Bauchef hätte das SP-Stadtrat Spescha schon längst tun können. Im Grossen Gemeinderat zeigte er am 27.11.2001 aber kein Verständnis für die Anliegen der Fraktion SGA/Parteilose. Diese hatte die Einwände der BewohnerInnen aus dem Gartenstadtquartier aufgenommen und in einer Interpellation die Prüfung einer Linienführung durch den Büroteil des SIEMENS-Areals angeregt. Davon wollte Spescha in seiner Antwort nichts wissen. Zitat Spescha: «Eine Änderung der Linienführung steht für den Stadtrat nicht zur Diskussion.»

# Die SGA ist die Velopartei



Passend zur Postplatz-«Begrünung» durch IG Velo und SGA vom 17. August reichte Astrid Estermann, Präsidentin der IG Velo, eine Einzelinitiative ein, die eine Begrünung des oberen Postplatzes und ein entsprechend geändertes Verkehrsregime verlangt.

Die Zuger Verkehrspolitik gehört zu den brisanteren Themen im Wahlkampf. Die IG Velo Zug testete deshalb alle Parteien auf ihre Velofreundlichkeit. Im Folgenden drucken wir die Antworten der Stadtzuger Gemeinderatsfraktionen von SGA und Parteilose, CVP und FDP ab. CSV, SVP und SP antworteten nicht.

## Antworten von SGA und Parteilose

**Frage 1:** Inwiefern hat sich Ihre Fraktion in der letzten Legislaturperiode für das Velo eingesetzt?

**SGA:** Sicherheit für Velofahrende (Interpellation Autoraser Poststrasse, Velostreifen und Kreisel an General-Guisan-Strasse), Veloparkplätze am Bahnhof.

**Frage 2:** Ist der Veloverkehr in Ihrem Parteiprogramm erwähnt?

**SGA:** a) als Schwerpunkt im Legislaturprogramm, b) Der Rahmenkredit von 500 000 Franken ist auf unsere Motion zurückzuführen

**Frage 3:** Welches sind Ihrer Meinung nach die drei gefährlichsten Stellen in der Stadt Zug für Velofahrende?

**SGA:** Gotthardstrasse–Industriestrasse, Zeughausgasse–Ägeristrasse, die ganze Poststrasse mit allen Ausfahrten.

**Frage 4:** Wenn Sie 10 Millionen für Verkehrsinfrastrukturen in der Stadt Zug zur freien Verfügung hätten, wo würden Sie das Geld einsetzen?

**SGA:** Attraktives Programm für AussteigerInnen aus dem motorisierten Individualverkehr (MIV): Wer zwei Jahre aufs Auto verzichtet, erhält ein (Einzelhaushalt) oder zwei Elektrovlos «Flyer» (Familie).

**Frage 5:** Wie erleben Sie Velofahrende in der Stadt Zug?

**SGA:** Einerseits selbstbewusst, andererseits: Velorennfahrer oft rücksichtslos (z.B. am See, Vorstadt–Chamerstrasse).

**Frage 6:** Wenn Sie eine Reihenfolge in der Wichtigkeit der folgenden Mobilitätsmöglichkeiten machen müssen, welche sehen Sie vor (von 1-4):

**SGA:** Das kommt auf die Distanz an! Im Nahverkehr: 1. Zu Fuss Gehende; 2. Velo; 3. öffentlicher Verkehr; 4. motorisierter Individualverkehr.

**Frage 7:** Welche Mitglieder Ihrer Fraktion fahren regelmässig mit dem Velo zur Arbeit?

**SGA:** Martin Stuber, Patrick Cotti und Stefan Hodel, drei von vieren.

**Frage 8:** Welche Mitglieder benutzen regelmässig den öffentlichen Verkehr für den Arbeitsweg?

**SGA:** Marianne Zehnder: Mit dem Velo zur Bahn, dann weiter mit dem Zug.

**Frage 9:** Stimmt Ihre Fraktion dem im Teilrichtplan Verkehr festgelegten Grundsatz zu, wonach der MIV angebotsorientiert, der ÖV und Langsamverkehr nachfrageorientiert ausgestaltet werden sollen?

**SGA:** Sicher! Nur lebt der vorliegende TRP diesem Grundsatz in keiner Art und Weise nach. Der MIV wird klar priorisiert!

## Antwort der CVP

«Die Fraktion der CVP des GGR hat beschlossen, den Fragebogen nicht zu beantworten. Die CVP unterstützt den Grundsatz der freien Wahl des Transportmittels. Folglich wird in unserer Fraktion auch nicht einseitig zugunsten des Velos politisiert. Da das Velo jedoch

unbestrittenermassen ein sinnvolles Verkehrsmittel im Nahbereich ist, geniesst es auch in unserer Fraktion Sympathien. Folglich haben wir auch stets Vorlagen, die dem sinnvollen Ausbau der Verkehrswege der Velofahrerinnen und Velofahrer und vor allem deren Sicherheit dienen, unterstützt. Entsprechend wird unsere Fraktion auch inskünftig politisieren.»

*Mit dem höflichen Ersuchen um Kenntnisnahme verbleibe ich mit freundlichen Grüßen, Peter Kündig, GGR-Fraktionschef der CVP*

## Antwort der FDP

«Die freie Wahl des Transportmittels ist uns äusserst wichtig. In diesem Kontext hat für uns selbstverständlich auch das Velo seinen Stellenwert. Es ist nicht nur ein umweltschonendes Transportmittel im Nahverkehr, sondern auch ein sympathisches Freizeitinstrument mit dem wertvollen Nebeneffekt der Gesundheitsprävention. Die Bemühungen des Kantons und unserer Gemeinde bezüglich Verbesserung und Ausbau der Velo-Infrastruktur haben wir stets unterstützt. Der Kanton Zug hat seinen diesbezüglichen Nachholbedarf erkannt und in den letzten Jahren einiges in Rad- und Fahrwege investiert. Heute verfügen wir über ein gut ausgebautes Veloweg-Netz. Ebenso liegt entsprechendes Kartenmaterial vor. Unserer Meinung nach darf auch die Beschilderung als gut bezeichnet werden.»

*Freundliche Grüsse, FDP-Fraktion des GGR: Cornelia Stocker-Meier, Fraktionschefin*

*Die Umfrage wurde im Regionalteil des «Velojournal» 9/10 2002 abgedruckt und dem BULLETIN von der IG Velo freundlicherweise zur Verfügung gestellt.*



## RotGrün in Bewegung



Zu Fuss, auf Rollen, im Pedalo drehten Zugs Alternative Runden für die Finanzierung der Wahlkampagne 2002. Ertrag: über 40000 Franken.



## Buch

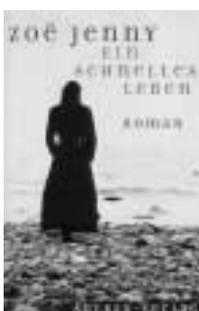


### Aus-Lese

Von **Georgette Schmid**

Eine Rückbesinnung auf die Ferienlektüre dieses Sommers erweist sich als unergiebig. Offenbar neige ich in Zeiten der Musse und Entspannung zu (allzu) leichter Lesekost. Wieder im Arbeitsalltag, wird das Lesen in der Freizeit ernsthafter. Als Mediothekarin einer Berufsschule griff ich diesmal spontan zu Büchern, die entweder von jungen Autorinnen und Autoren verfasst wurden oder von Protagonisten im Jugendalter handeln.

Von einer Kollegin empfohlen wurde mir der Erstling der 16-jährigen Französin **Anne-Sophie Brasme: «Dich schlafen sehen»**. Eine Freundschaft zweier Gymnasiastinnen gipfelt nach langen Machtspielen in einem dramatischen Höhepunkt. Dabei werden die Gefühle des Opfers, das später zur Täterin wird, glasklar in einer packenden Sprache geschildert. Das soziale Umfeld der beiden Mädchen wird nur am Rande aufgezeigt und kann keinen Einfluss auf die Geschehnisse nehmen. Auf weitere Bücher der jungen Autorin dürfen wir gespannt sein.



Ebenfalls um eine Freundschaft geht es im dritten Roman von **Zoë Jenny: «Ein schnelles Leben»**. Die Beziehung zwischen der behüteten

Türkin Ayse und dem eher politisch rechts stehenden Christian wird auf eine harte Probe gestellt. Die Verhältnisse in Berlin nach der Wende sind treffend geschildert. Wie in Romeo und Julia endet die Geschichte traurig. Die junge Frau schreibt ihre Erlebnisse und Träume auf und gibt diese ihrem Deutschlehrer. Sie bilden den Schluss des spannenden und einfühlsamen Buches, das mich sehr berührt hat.

«**Salto vitale**» von **Bruno de Stabenrath** kaufte ich auf Anraten meiner Buchhändlerin. Die Ich-Erzählung handelt von einem sportlichen jungen Mann, der nach einem Autounfall querschnittgelähmt ist. Mit Humor und lockeren Sprüchen beschreibt er die Behandlung und Unterstützung durch Pflegepersonen, Familie und Freunde, mit deren Hilfe er die Rückkehr ins Alltagsleben im Rollstuhl schafft. Als Leserin oder Leser erhält man einen differenzierten Einblick in die Welt behinderter Menschen. Es zeigt auch auf, wie viel noch zu verbessern wäre in verschiedenen Bereichen.

Nach Bekannt werden des Todes der grossen Journalistin und Schriftstellerin **Laure Wyss** nahm ich ihr Buch «**Liebe Livia**», das 1985 erschienen ist, wieder zur Hand. In diesem Tagebuch, das aus der Begegnung und Freundschaft der Autorin mit einer zu Einzelhaft Verurteilten



aus dem Terroristenumfeld entstand, zeichnet sie ihre Gefühle auf. Das Buch ist immer noch aktuell, schildert es doch ähnliche Abläufe wie im beeindruckenden Film von Andres Veiel «**Black Box BRD**», der kürzlich im FLIZ-Filmprogramm zu sehen war.

Auch andere Bücher von **Laure Wyss** sind empfehlenswert, zum Beispiel: «**Weggehen, ehe das Meer zufriert**» (die etwas andere Biografie der Königin Christina von Schweden), «**Mutters Geburtstag**», oder «**Das Rote Haus**», «**Protokoll einer Stunde über das Alter**» (Dialog mit Bundesrat Moritz Leuenberger, auch als CD im Radioki- osk DRS erhältlich).

Ich freue mich auf den Herbst, wo auf die Frankfurter Buchmesse hin wieder viel neuer Lesestoff erscheint. ■

#### Literaturangaben:

- **Anne-Sophie Brasme: Dich schlafen sehen, Goldmann**
- **Zoë Jenny: Ein schnelles Leben, Aufbau**
- **Bruno de Stabenrath: Salto vitale, List**
- **Laure Wyss: Liebe Livia, Limmat**

## Kino



### Zuger Kino

Von **Thomas Ulrich**

#### «The Pianist»

Warschau 1939: Mit dem Einmarsch der Deutschen in Polen beginnt auch für den gefeierten polnisch-jüdischen Pianisten Wladyslaw Szpilman die Zeit des Leids. Nachdem er der Todesfalle des Warschauer Ghettos nur mit viel Glück und dank der Hilfe des polnischen Untergrunds entkommen konnte, geistert er allein und voller Angst durch die entvölkerte Metropole. Schliesslich rettet ihm ausgerechnet ein deutscher NS-Offizier das Leben ...

Damit ein Film für mich in die Kategorie «Meisterwerke» gehört, muss er mir «nachlaufen». Deshalb ist für mich z.B. «Hable con ella» kein solches, auch wenn die Regiearbeit von Almodóvar die beste des Jahres war. Mancher andere Regisseur hätte «The Pianist» drehen können, aber nur Almodóvar kriegt einen «Hable con ella» hin. Nur «Monster's Ball» und eben «The Pianist» haben in diesem Jahr bei mir einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Dies liegt hauptsächlich an der extrem bewegenden Geschichte von Wladyslaw Szpilman. Trotzdem hat die Regie durch Roman Polanski einen perfekten Vorteil: Polanski selbst hat nämlich das Ghetto von Krakau und die Bombennächte in Warschau überlebt. Der Film geniesst also ein sehr hohes Mass an Authentizität – dies war auch ein Anspruch von Polanski beim Drehen dieses Werkes.

Die erste Hälfte schildert den Aufbau des Warschauer Ghettos und das seiner Be-



wohnerinnen und Bewohnern. Polanski setzt zwar auf Authentizität, zeigt die unfassbaren Gräuere der Nazis aber nur punktuell. Dies war eine glückliche Drehbuchentscheidung, denn schon so ist der Film an dieser Stelle (fast) unerträglich und der Eindruck überwältigend. Es ist brutal, aber man muss sich diesen Film antun. Es lohnt sich durchzuhalten, denn die zweite Hälfte ist geradezu versöhnlich und am Ende trägt man ein Filmerlebnis mit sich, das zu denken gibt und sprachlos lässt. Polanski schreibt entsprechend im Vorwort zur Pressemappe: «Nachdem ich das erste Kapitel von Wladyslaw Szpilman's Memoiren («Das wunderbare Überleben», Econ Verlag, 1998) gelesen hatte, wusste ich sofort, dass «Der Pianist» genau das richtige Thema für meinen nächsten Film ist. Das war die Story, nach der ich gesucht hatte: Es ist für mich eine positive Geschich-

te, denn allem Horror und Leid zum Trotz, gibt sie am Ende Anlass zu Hoffnung.» Die Darstellerinnen und Darsteller, Kamera sowie das gesamte Technik-Department sind erstklassig besetzt. Der Film gewann dieses Jahr die Goldene Palme von Cannes. Wer sich den Film ansieht, versteht, weshalb es für einmal, trotz einem überdurchschnittlich starken Wettbewerb, keine grossen Streitereien um die Vergabe des Preises gab. ■

**«The Pianist»**  
 Von Roman Polanski. Mit  
 Adrien Brody uva.

1:1.66, Dolby Digital, 148 Min.  
 Verleih: Frenetic Films. Start:  
 10.10.2002.

## 2. WELTSICHTBAAR 2002

Kino Lux, Baar

- DO 7.11.**  
 20.15 Uhr: Bodhi Dharma (Bae Yong-kyun, Südkorea)
- FR, 8.11.**  
 19.30 Uhr: Eröffnungsapéro  
 20.15 Uhr: Satin Rouge, Vorpremiere (R. Amari, Tunesien), mit Bauchtanz-Performance
- SA, 9.11.**  
 14.30 Uhr: Ein Lied für Beko (N. Ariç, Armenien)  
 17.00 Uhr: Djomeh (H. Yek-tapanah, Iran)  
 20.15 Uhr: Gefangener im Kaukasus (S. Bodrow, Dagestan)  
 22.30 Uhr: Five Days One Summer (F. Zinnemann, USA)
- SO, 10.11.**  
 14.30 Uhr: Una casa con vista al mar (A. Arvelo, Venezuela)  
 16.30 Uhr: Le cheval de vent (D. Aoulad Sayd, Marokko)  
 18.30 Uhr: Le prix du pardon (M. Sora Wade, Senegal)  
 20.15 Uhr: Lower Island (Song I.-G., Südkorea)
- MO, 11.11.**  
 20.15 Uhr: Beshkempir (A. Abdikalikow, Kirgisistan)
- DI, 12.11.**  
 20.15 Uhr: Ballade von Narayama (S. Imamura, Japan)
- MI, 13.11.**  
 19.00 Uhr: Baarer Kurzfilme (Leuzinger, Schweiz) und Rächer von Davos (Brandt, Schweiz), Stummfilme, Begleitung Jazz-Trio Ch. Baumann/J. Siron/M. Käppeli  
 20.15 Uhr: Ehrung Erich Langjahr mit Apéro  
 21.15 Uhr: Sennenballade (E. Langjahr, Schweiz)

## FLIZ

Kino Gotthard, Zug

- DO, 14.11.**  
 20.00 Uhr: Helden in Tirol (N. List, Österreich), in Anwesenheit des Regisseurs
- FR, 15.11.**  
 18.00 Uhr: Flower Island (S. Ilgon, Südkorea)
- SA, 16.11.**  
 17.00 Uhr: Le prix du pardon (M. Sora Wade, Senegal)
- SO, 17.11.**  
 17.00 Uhr: Legende der Liebe (F. Mehranfar, Kurdistan)
- MO, 18.11.**  
 18.00 Uhr: Una casa con vista al mar (A. Arvelo, Venezuela)
- DI, 19.11.**  
 18.00 Uhr: Le cheval de vent (D. Aoulad Sayd, Marokko)
- MI, 20.11.**  
 18.00 Uhr: Barnabò delle montagne (M. Brenta, Italien)



Die **SP** investiert ihr Geld, das sie während vier Jahren gespart hat, in Plakate und Inserate.

Die **SGA** investiert das Geld, das sie noch gar nicht hatte, in ein Wahlbüchlein. Das gefällt so gut und animiert die 29 LäuferInnen, SkaterInnen und PedaltreterInnen dermassen, dass der Wahlkampf schliesslich mit reichlich fliessenden Spenden (über 40 000 Franken) finanziert werden kann. Wahrscheinlich die erfolgreichste Spekulation in Zug in diesem Jahr.

Woher die **SVP** ihr Geld hat, ist den **BULLETIN**-LeserInnen bekannt. Auf eine Million mehr oder weniger kommt jetzt auch nicht mehr drauf an, wird sich Senior Hans D. gesagt haben. Analysten schätzen die Kosten der SVP-Werbung in der Zuger Woche allein auf ungefähr das gesamte Wahlbudget der SGA in Zug, Baar und im Kanton. Das gibt eine interessante Effizienzanalyse nach den Wahlen: Werbekosten pro Listenstimme. Wir bleiben dran.

Einträchtig stehen sie nebeneinander auf den Inseraten für den **CVP-Stadtschreiberkandidaten Cantieni**: die Signete von CVP, SVP, SP, SGA und CSV. Die Reihenfolge gab Anlass zu diplomatischen Verwicklungen und sollte weniger programmatisch dafür eher finanziell interpretiert werden. Dachte sich so mancher Parteikasier: gut, dass der Cantieni für seine Kandidatur bei der CVP und nicht bei uns ange dockt hat ...

Im Gegensatz zu den Nationalratswahlen, wo die Texte direkt vom Zürcher Wahlmaterial übernommen worden

waren, sind jetzt wenigstens die Buchstaben selber gestrickt. Aber die Prospekte werden halt doch noch in Zürich gemacht. Die **SVP** kann zwar nach wie vor nicht richtig faxen, dafür aber in der Stadt Zug Berge versetzen.

Und hier einige Trouvaillen aus der **Gemeinde-Wahlbeilage der Neuen Zuger Zeitung** (Originalzitate!):

«Auch Zug ist zu schön, um im Verkehr zu ersticken.» Sagt ein **SVP-Stadtratskandidat**, der als Kommissionspräsident das Parkplatzreglement zu verantworten hat, welches die Schleusen für noch mehr Parkplätze weit öffnet.

Das Statement von **Ernst Merz**, SVP Stadt Zug, lässt aufhorchen: «Motto: handeln statt händeln.» Wahrscheinlich findet der 54-jährige Berufssenioren niemanden mehr, der mit ihm streiten mag.

FDP-Noch-Stadtrat **Hans Christen** meint: «In verschiedensten Bereichen nimmt unsere Stadt eine Spitzenposition ein.» Stimmt: bei der Personenwagendichte, der Parkplatzdichte und bei den Mieten. Die werden aber sowieso immer unwichtiger: es gibt ja bald nur noch Eigentumswohnungen. Auch die sind Spitze – im Preis.

Dann gibt es da die **CVP-Gemeinderatskandidatin im Vorruhestand** mit Jahrgang 1950 in Unterägeri: «Seit mein Mann Wendelin und ich unseren Hof an die nächste Generation weitergegeben haben, bleibt mir mehr Zeit, um mich in der Öffentlichkeit einzusetzen.»

In Unterägeri kandidiert auch noch **Daniel Gianola**. Dem 30-jährigen Präsidenten der Jung-SVP ist als einzi-

gem gar nichts zum Thema «Warum ich kandidiere» eingefallen. War wahrscheinlich gerade am Leserbrief schreiben.

Die **Baarer SVP** hat die selbstständigste Immobilienverwalterin – die ist nämlich selbstständig selbständig.

In Hünenberg hat es ein wiederkandidierender Gemeinderat inzwischen vom Parteilosen zum **offiziellen SP-Sympathisanten** gebracht. Müsstest du die Alternativen mal drüber nachdenken, ob sie den Parteilosen-Status nicht auch verfeinern wollen...

Das präziseste Statement kommt aus **Steinhausen**: «Eine bewusst ausgewogene und fundierte Politik. Starke, tatkräftige und konstruktive Mitarbeit in unserer Gemeinde, zum sozialen Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger. Für diese präzisen Werte setze ich mich ein.» Präzis das SVP-Programm ist das ja nicht. Da muss Blocher noch ein Schulungsdetachement nach Steinhausen schicken.

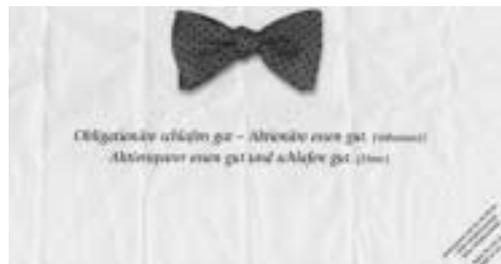
Schliesslich noch die **LKW-Chauffeuse aus Walchwil**, die kandidiert, «weil es jemanden braucht, der eingefahrene Muster aufbrechen kann.» Blechschaaden wohl vorprogrammiert. Partei? Richtig, die Blechpartei: Fördert die

Blechlaf, redet oft Blech und lassen dann andere dafür blechen.

Und zuguterletzt: Jung, blond, treuherziger Blick: «Die SVP ist keine Nein-Sager-Partei.» Wenn Blochers Detachement in Steinhausen fertig ist, können sie auf dem Heimweg gleich noch in **Neuheim** vorbeischauen.

Zahlenmässig die grösste Liste hat die **FDP**, aber das Spektrum ist etwas eng: vorwiegend Ingenieure, JuristInnen und Architekten wollen «Verantwortung übernehmen». Der Millionenerbe, den es als Unternehmer getarnt auf der Liste auch noch gibt, wird mit dem Bankdirektor zusammen wohl für den Stutz sorgen. Wir wollen hoffen, dass er nach den Wahlen nicht reif für die Insel ist.

Die FDP will also «Verantwortung übernehmen». Da rät der Zürcher FDP-Wirtschaftsfilz aber zur Vorsicht. Die haben nämlich vorge-macht, wie nicht nur die Swissair in Grund und Boden geflogen, sondern auch fleissig am Grounding der grossen Schweizer Versicherungen gebastelt werden kann, ohne die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Folgen tragen sowieso andere. ■



**Ebner-Tischset: Auf Kosten anderer Essen, um dann den Schlaf des Selbstgerechten zu schlafen.**



**Veranstaltungskalender**

**DI, 1. Oktober:**  
**«Welche Volksschule braucht der Kanton Zug?»**  
 20.00 Uhr, Restaurant Linde, Steinhausen. Referat und Diskussion mit Toni Kleimann, Regierungsratskandidat der Alternativen des Kantons Zug.

**MI, 2. Oktober:**  
**«Welche Volksschule braucht der Kanton Zug?»**  
 20.00 Uhr, Restaurant Ochsen, Menzingen. Referat und Diskussion mit Toni Kleimann, Regierungsratskandidat der Alternativen des Kantons Zug.

**DO, 3. Oktober: WahlBar**  
 Ab 19.30 Uhr in der ZALT-Cafeteria, Zug vis-à-vis EPA. Mit Getränken und Snacks. *Neu: bis zum 24. Oktober jeden Donnerstag.*

**SO, 6. Oktober: Kommunale Wahlen**  
 Stadt Zug: Grosser Gemeinderat, Stadtrat und StadtschreiberIn. Andere Gemeinden: Gemeinderäte. *KandidatInnen Alternative (SGA und Parteilose) Seiten 12+13.*

**DO, 10. Oktober: WahlBar**  
 Ab 19.30 Uhr in der ZALT-Cafeteria, Zug vis-à-vis EPA. Mit Getränken und Snacks.

**DO, 17. Oktober: WahlBar**  
 Ab 19.30 Uhr in der ZALT-Cafeteria, Zug vis-à-vis EPA. Mit Getränken und Snacks.

**SA, 19. bis SO, 27. Oktober: Integrationsnetz Zug an der Zuger Messe**  
 Halle 3, Stierenmarkt, Zug.

**DO, 24. Oktober: WahlBar**  
 Ab 19.30 Uhr in der ZALT-

Cafeteria, Zug vis-à-vis EPA. Mit Getränken und Snacks.

**SO, 27. Oktober: Kantonale Wahlen**  
 Kantonsrat, Regierungsrat, Ständerat. *KandidatInnen Alternative (SGA und Parteilose) Seiten 12+13.*

**DO 7. November: Businesslunch**  
 12 Uhr, Parkhotel Congress Center in Zug. Thema: Lehrmeister, welche Mädchen in Männerberufen ausbilden. (Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann.)

**DO 14. November: Gründungsversammlung «Verein Autofreies Zug»**  
 20 Uhr, Sitzungszimmer Casino Zug.

**MO 18. November: Offene Parteiversammlung Gleis 3**  
 Risch-Rotkreuz (Termin/Ort wird im Amtsblatt publiziert). Besprechung der Geschäfte der Gemeindeversammlung.

**«Islam im Kanton Zug – Integration statt Vorurteile»**

Die Resultate des diesjährigen Integrationsnetz-Projektes sind erhältlich als Sets à 16 Postkarten (gratis) und zu sehen in Form von Weltformatplakaten, die vom 28. Oktober bis 25. November in der Stadt Zug und in den Zuger Gemeinden den Strassenraum beleben.

*Erhältlich bei: info@integrationsnetz.org, via Bestellformular auf www.integrationsnetz.org oder an der Zuger Messe, Integrationsnetz-Stand, Halle 3 (siehe Veranstaltungskalender).*



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 3, September 2002, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:  
 Verein DAS BULLETIN  
 Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Elisabeth Höfliger

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfarbtem Altpapier.

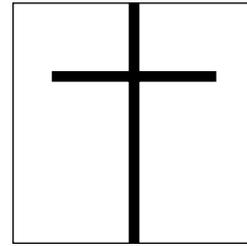
Auflage: 1400 Ex.

Abonnement: Fr. 20.-  
 KleinverdienerInnen Fr. 10.-  
 Unterstützungsabo: Fr. 50.-  
 Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:  
 Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 4/2002. Redaktionsschluss: Donnerstag, 5. Dezember 2002; Erscheinungsdatum: Samstag, 21. Dezember 2002

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)



**Wir gedenken**

**Herbert Arnet,**  
 Cham

**Peter Bossard,**  
 Zug

**Martin Döbeli,**  
 Zug

**Jean-Paul Flachsmann,**  
 Zug

**Karl Gretener,**  
 Cham

**Heinz Grüter,**  
 Baar

**Konrad Häusler,**  
 Unterägeri

**Dorly Heimgartner,**  
 Zug

**Monika Hutter-Häfliger,**  
 Baar

**Erich Iten,**  
 Unterägeri

**Käthi Langenegger,**  
 Baar

**Kurt Nussbaumer,**  
 Oberägeri

**Rolf Nussbaumer,**  
 Baar

**Willi Wismer,**  
 Rotkreuz

*Unsere Gedanken sind auch bei den Überlebenden und Angehörigen.*

*Der Herausgeberverein und die BULLETIN-Redaktion.*

# AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SCA, Postfach 4805, 6304 Zug

--